

Arena Analyse 2015

Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Im Auftrag des Instituts Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Walter Osztovics, Bettina Fernsebner-Kokert, Andreas Kovar
Kovar & Partners GmbH

Arena Analyse 2015

Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Im Auftrag des Instituts Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Inhalt

Zusammenfassung	3
Fragestellung und Untersuchungsdesign	8
Ergebnisse	12
1. Wirtschaftsstruktur und Infrastruktur	14
2. Optionen zur Entwicklung der Wirtschafts- und Infrastruktur	23
3. Humankapital und gesellschaftliches Kapital	25
4. Optionen zur Entwicklung von Humankapital und gesellschaftlichem Kapital	31
5. Leistungsfähigkeit des politischen Systems	32
6. Optionen zur Entwicklung des politischen Systems	37
7. Soziale Sicherheit und soziale Kohäsion	39
8. Optionen zur Verbesserung der sozialen Sicherheit und sozialen Kohäsion	44
9. Innovation und langfristige Visionen	46
10. Optionen zur Steigerung der Innovationsfähigkeit	50
11. Geistiges Klima: Heimat, Internationalität und Kulturleben	51
12. Optionen zur Weiterentwicklung des geistigen Klimas	54
Entwurf einer Balanced Scorecard für den Standort Oberösterreich	55
Danksagung, Teilnehmerinnen und Teilnehmer	59
Autoren	63

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht widmet sich einem großen Thema, nämlich der Zukunft des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich. Wie gut ist der Standort für künftige Veränderungen gerüstet? Welche Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik werden ihn in den nächsten Jahren beeinflussen? Welche der Besonderheiten in der Wirtschaftsstruktur Oberösterreichs werden sich angesichts bevorstehender Umbrüche als Vorteil, welche als Nachteil erweisen?

Aktuell befindet sich der Standort Oberösterreich in einer durchaus guten Ausgangslage. Gerade dieser Umstand legt jedoch die Frage nahe, ob und wie sehr der gegenwärtige Erfolg auch für die Zukunft als abgesichert gelten kann – eine Überlegung, die alle wirtschaftlich starken Regionen rechtzeitig anstellen müssen, vor allem dann, wenn sich dort eine technologisch hoch entwickelte Industrie angesiedelt hat. Denn je höher entwickelt die Industrie und die industriellen Dienstleistungen einer Region sind, desto anfälliger werden sie gegen Störungen von außen. Höchste Exzellenz in einem spezialisierten Bereich, ob bei der Produktion oder bei den zugehörigen Ingenieurleistungen, sichert nur so lange die Führung, als die zugrunde liegende Technologie nicht durch neue Entwicklungen überholt wird.

Warnende Beispiele für nicht bewältigte Umbrüche sind leicht zu finden. Nokia etwa war der weltweit größte und bedeutendste Hersteller von Mobiltelefonen – bis die Smartphone-Technologie die gesamte Industrie auf den Kopf stellte. Dem finnischen Konzern gelang es nicht, in der neuen, softwaredominierten Mobilfunkwelt Fuß zu fassen, er musste schließlich seine Handy-Sparte zur Gänze zu verkaufen. Europas jüngere Geschichte ist auch reich an Beispielen für ganze Regionen, die einmal prosperierten, aber infolge des wirtschaftlichen Wandels den völligen Niedergang erlebten: das Ruhrgebiet, der Raum um Manchester und Liverpool, das Steinkohlenrevier Nord-Pas-de-Calais in Frankreich.

Für Oberösterreich lesen sich die aktuellen Kennzahlen durchwegs erfreulich: Das Land liegt österreichweit durchgehend an erster oder zweiter Stelle, was Industrieproduktion, Wachstum und Beschäftigung betrifft. Auch im Vergleich mit anderen europäischen Regionen behauptet das Land durchwegs einen Rang im vorderen Drittel. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass diese Kennzahlen wenig über die Zukunft aussagen, nicht einmal über die Gegenwart, sondern lediglich ein Bild der unmittelbaren Vergangenheit liefern, also gleichsam einem Blick in den Rückspiegel entsprechen.

Um herauszufinden, wie die Situation in zehn Jahren aussehen könnte, ist es notwendig, die sich anbahnenden Veränderungen zu beobachten und Szenarien ihrer möglichen Auswirkungen durchzuspielen. Dabei muss sich

der Blick auf eine breite Vielzahl an Feldern richten: Politik (national, europäisch und international), Wissenschaft und Technologie, Demografie, Kunst und Kultur, Veränderungen in der Sozialstruktur, im Bildungswesen, bis hin zu Ökologie und Klima – überall dort müssen beginnende Entwicklung früh erfasst und bewertet werden.

Das geeignete Instrument, um solche Veränderungen zu beobachten, ist die Arena Analyse, bei der die Beobachtungen von Expertinnen und Experten aus höchst unterschiedlichen Bereichen gesammelt, ausgewertet und zueinander in Beziehung gesetzt werden. Für die vorliegende Untersuchung wurden schriftliche und mündliche Beiträge von über 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgewertet.

Was also steht Oberösterreich bevor, und wie können die möglichen Szenarien positiv beeinflusst werden?

Es sind sechs Faktoren, die über die Zukunftsfähigkeit des Standortes entscheiden. Sie wurden aus den Beiträgen der Teilnehmer der Arena Analyse herausdestilliert, betreffen also spezifisch den Standort Oberösterreich, gelten aber vermutlich in mehr oder weniger ähnlicher Form für alle höher entwickelten Industrieregionen.

Faktor 1: Wirtschaftsstruktur und Infrastruktur

Oberösterreichs Wirtschaft ist insgesamt stark, in hohem Maße exportorientiert und weist viele technologisch hoch entwickelte Unternehmen aus. Ein großer Teil davon zählt im weitesten Sinn zur Auto-Zuliefer-Industrie, was bedeutet, dass sie nur durch ausreichend hohe Forschungs- und Entwicklungstätigkeit wettbewerbsfähig bleiben können. Zudem ist ihre langfristige Entwicklung mit der Zukunft der Automobilbranche verknüpft.

Mehrere Schlüsselbranchen stehen vor schwierigen Veränderungen: Zum einen die Handelsbranche, die durch das Vordringen des Online-Handels von Grund auf verändert wird, zum anderen die Grundstoffindustrie, wo vor allem die Zukunft der voestalpine ungeklärt und unter anderem von wichtigen energiepolitischen Rahmenbedingungen abhängig ist.

Nicht zuletzt kämpft die oberösterreichische Industrie – wie die Industrie im Westen Europas insgesamt – mit der Herausforderung, im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben, obwohl die Arbeitskosten hier höher sind als in vielen anderen wichtigen Industrieländern und zudem ein rigideres Arbeitsrecht sowie höhere Umweltauflagen die Produktionskosten belasten.

Als Branche mit hohem Zukunftspotenzial gilt der Tourismus, der in Oberösterreich zu Unrecht im Schatten der Industrie steht.

Faktor 2: Humankapital und Sozialkapital

Für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit brauchen Oberösterreichs Unternehmen gut ausgebildete Mitarbeiter. Der größte Engpass wird hier bei technischem Know-how sowie bei Facharbeitern erwartet, weshalb die Attraktivität solcher Ausbildungswege (und der darauf aufbauenden Berufe) gesteigert werden sollte. Eine Quelle für Know-how, die zu wenig systematisch genutzt wird, wäre auch die Zuwanderung – die Empfehlung lautet, dass Oberösterreich sich aktiv um qualifizierte Zuwanderer bemühen und in der Folge in die zügige und gründliche Integration der neuen Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher investieren sollte. Ungenutztes Sozialkapital stellen weiters die älteren Bürgerinnen und Bürger dar. Es wäre weitblickend, sie länger im Arbeitsleben zu halten oder auch darüber hinaus ihre Erfahrung zu nutzen (etwa im Rahmen gemeinnütziger Tätigkeiten).

Faktor 3: Leistungsfähigkeit des politischen Systems

Die Fähigkeit und Bereitschaft der Landespolitik, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft immer wieder neuen Bedürfnissen anzupassen, ist ein wichtiger Indikator für die Zukunftsfähigkeit eines Standorts. Oberösterreich leidet, wie Österreich insgesamt, unter Veränderungsresistenz. Den Anliegen der Wirtschaft begegnen sowohl Politik als auch Bevölkerung mit geringem Interesse und ebenso geringem Verständnis. Deshalb sehen die Experten der Arena Analyse im Aufbau eines wirtschaftsfreundlichen Klimas ein wichtiges Anliegen, gefordert sind hier die Unternehmen ebenso wie die politischen Entscheidungsträger.

Die öffentliche Verwaltung hätte noch Effizienz-Potenziale zu heben. Neben der Durchforstung der behördlichen Vorschriften und betrieblichen Auflagen sollte etwa über die Zusammenlegungen von Gemeinden und die Abschaffung der Bezirke als Verwaltungseinheit nachgedacht werden. Im Sinne eines positiv verstandenen Föderalismus muss auch die Berechtigung der Landespolitik insgesamt hinterfragt werden, vor allem die Landtage werden in ihrer bestehenden Form sehr kritisch gesehen und sollten neue Aufgaben erhalten, wobei auch die völlige Abschaffung der Landesgesetzgebung als Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden sollte.

Faktor 4: Soziale Sicherheit und soziale Kohäsion

Der Zusammenhalt innerhalb der oberösterreichischen Gesellschaft ist auf mehreren Ebenen bedroht. Denn während die Wirtschaft über hohe Arbeitskosten klagt und um den Erhalt ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit kämpft, nimmt die soziale Disharmonie bei den Arbeitnehmern immer weiter zu. Kurzarbeit und unfreiwillige Teilzeitarbeit, unfreiwillige Selbständigkeit oder auch Scheinselbständigkeit sowie die Prekarisierung ganzer Bevölkerungsgruppen sind im Vormarsch. Dazu kommen drohende

Konflikte zwischen den Generationen um die Arbeitsplätze sowie um die Finanzierung der Pensionen.

Faktor 5: Innovation und langfristige Visionen

Der rasante technologische Wandel wird es mit sich bringen, dass sich ganze Teile der oberösterreichischen Wirtschaft gleichsam neu erfinden müssen – und im Gefolge dieser Umbrüche auch gewohnte Berufsbilder verschwinden, während neue, noch unbekannt, auftauchen. Diese Situation erfordert die erhöhte Bereitschaft und Fähigkeit zur Innovation. Nötig sind dazu Investitionen in Forschung und Entwicklung, aber auch das Fördern eines innovationsfreudigen Klimas, das schon in den Schulen beginnen muss, denn Innovation erfordert die Bereitschaft, das Bestehende in Frage zu stellen und den Mut zum Irrtum. Bei der Organisation der Forschung kommt den Universitäten im Land eine zentrale Rolle zu, die noch gestärkt werden muss.

Faktor 6: Geistiges Klima: Heimat, Internationalität und Kulturleben

Ein weltoffenes Klima ist die entscheidende Voraussetzung, damit ein Standort für hochqualifizierte Menschen aus anderen Ländern überhaupt attraktiv sein kann. Umgekehrt stellt weltoffene Neugierde den ersten Schritt zur Exportorientierung und zum Aufbau von nachhaltigen Kontakten mit Partnern in anderen Weltregionen dar.

In beiden Fällen leistet die Kultur einen wichtigen Brückenschlag. Die Teilnehmer der Arena Analyse attestieren Oberösterreich ein deutliches Bemühen um den Aufbau einer Kulturszene und den Anschluss an relevante Kunstströmungen, doch steht dieser Weg erst noch am Anfang.

Dieser kurze Überblick über die Ergebnisse zeigt bereits, dass die Arena Analyse auch eine Fülle von konkreten Handlungsoptionen erbracht hat. Eine besonders wichtige Empfehlung lautet, dass Landespolitik und Unternehmen gemeinsam an Verbesserungen bei jenen Strukturproblemen mitwirken sollen, die nicht auf Landesebene allein gelöst werden können. Darunter fallen vor allem die Senkung der Arbeitskosten und die Verbesserung der energiepolitischen Rahmenbedingungen. Empfehlungen für die Arbeit in der Region selbst umfassen unter anderem die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, die weitere Investition in Forschung und Entwicklung sowie – wie oben erwähnt – das Entwickeln von Maßnahmen zum Aufbau eines wirtschaftsfreundlichen Klimas.

Dringend verbessert werden muss das Verhältnis zum nördlichen Nachbarn Tschechien, hier sind sowohl die kulturellen als auch die wirtschaftlichen Beziehungen unterentwickelt und bleiben weit hinter den Beziehungen zum anderen Nachbarn Bayern zurück, aber auch hinter den

vergleichbaren Beziehungen, die Niederösterreich zu Tschechien aufgebaut hat.

Damit diese Empfehlungen nicht einfach als Vorschläge stehen bleiben, sondern in konkrete Programme gegossen werden, deren Umsetzung kontrolliert werden kann, schlägt das IWS vor, eine Balanced Scorecard zum Standort Oberösterreich zu entwickeln. Sie soll ein Instrument sein, mit dem ein wichtiger Schritt in Richtung Accountability für wirtschaftspolitische Aktivitäten gesetzt werden kann. Die Balanced Scorecard enthält eine Reihe von konkreten Zielen, die sich aus den Empfehlungen dieser Studie ergeben, wobei zu jedem der Ziele zumindest eine Kennzahl oder ein Kriterium angeführt wird, an dem die Erreichung des Ziel gemessen werden kann – so kann laufend überprüft werden, ob und welche Verbesserungen erreicht wurden.

Fragestellung und Untersuchungsdesign

Für die Beurteilung der Qualität eines Wirtschaftsstandortes genügt es nicht, Zahlen über die aktuelle Performance zu erheben. Wichtig ist vielmehr die Frage, welche Entwicklung für die Zukunft auf Basis der bestehenden Strukturen und Potenziale zu erwarten ist, und hier vor allem, welche Faktoren für die langfristige Entwicklung günstig oder aber bedrohlich sein können. Die langfristige Betrachtungsweise ist deshalb wichtig, weil gerade bei einem regionalen und zugleich stark international verflochtenen Wirtschaftsraum die Gestaltung der Rahmenbedingungen längere Vorlaufzeiten erfordert. Die Faktoren, die maßgeblich den Wirtschaftsstandort Oberösterreich erfolgreich machen, sind durchwegs gestaltbar, also keineswegs schicksalhaft oder jenseits der Machbarkeit. Allerdings greifen strukturgestaltende Maßnahmen nicht von einem Tag auf den anderen – wo es sich um Bildungsfragen handelt, kann es sogar eine ganze Schülergeneration dauern, bis Veränderungen wirksam werden. Früherkennung von Fehlentwicklungen und ein weiter Horizont bei der Planung von Maßnahmen sind dort entscheidend für den Erfolg, wo es um Prävention geht, also das vorbeugende Gegensteuern gegen drohende Risiken. Umgekehrt eröffnen Veränderungen aber auch viele Chancen – auch hier hängen die Möglichkeiten, sie zu nutzen, oft davon ab, dass sie rechtzeitig erkannt und analysiert werden.

Es hat sich gezeigt, dass die Idee der „Resilienz“ einen guten begrifflichen Rahmen darstellt, um Veränderungen, die einen Wirtschaftsstandort betreffen, zu beobachten und daraus Handlungsempfehlungen ableiten zu können. Resilienz wird definiert als die Fähigkeit eines sozialen Systems (eines Unternehmens, einer Organisation oder eben einer Region), Störungen zu verarbeiten – und zwar solche Störungen, die vom System selbst als über das Maß der normalen und erwartbaren Veränderungen hinausgehen. Resilient ist ein solches System dann, wenn es imstande ist, sich aktiv an solche großen Veränderungen anzupassen und sich von deren Auswirkungen wieder zu erholen. Für die Beurteilung der Resilienz eines Systems werden üblicherweise drei Dimensionen herangezogen, nämlich „Anpassungsfähigkeit“ (die Fähigkeit, extreme Ereignisse zu absorbieren), „Beweglichkeit“ (die Fähigkeit, von stark veränderten neuen Situationen zu profitieren) und „Aktive Erneuerung“ (die Fähigkeit des Systems, aus den Folgen des Schocks zu lernen und sich neu aufzustellen).

Ein Nachteil dieser Betrachtungsweise besteht darin, dass sie sich vor allem für potenzielle schockartige Ereignisse interessiert, für extreme Belastungen, Katastrophen oder plötzlich auftretende Krisen. Resilienz-Prüfungen zielen daher häufig darauf ab, gewissermaßen die tragenden Säulen eines Systems gezielten Stresstests zu unterziehen.

Wenn es darum geht, konkrete Szenarien und Handlungsoptionen für die Zukunft eines Wirtschaftsstandorts wie Oberösterreich zu erarbeiten, greift diese Herangehensweise aber zu kurz. Zweifellos sagt es einiges über die Struktur der oberösterreichischen Wirtschaft aus, wenn untersucht wird, ob und wie sie einen großen Atomunfall im Nachbarland überstehen würde, wie sich eine Jahrhundertüberschwemmung auswirkt oder was passiert, wenn alle Donaubrücken über Nacht unpassierbar werden. Es lohnt sich auch, näher zu betrachten, welche Folgen ein Absiedeln der Voestalpine oder ein hypothetischer Zusammenbruch der großen Banken hätte. Allerdings werden bei solchen Szenarien leicht weniger spektakuläre Entwicklungen übersehen, die in Summe ebenso starke Auswirkungen auf die künftige Leistungsfähigkeit des Standorts haben werden – und zudem eine höhere Eintrittswahrscheinlichkeit. Zudem genügt es nicht, hypothetisch mögliche Veränderungen in entsprechenden Szenarien durchzuspielen, vielmehr müssen auch Veränderungen erfasst werden, die bereits im Gang sind.

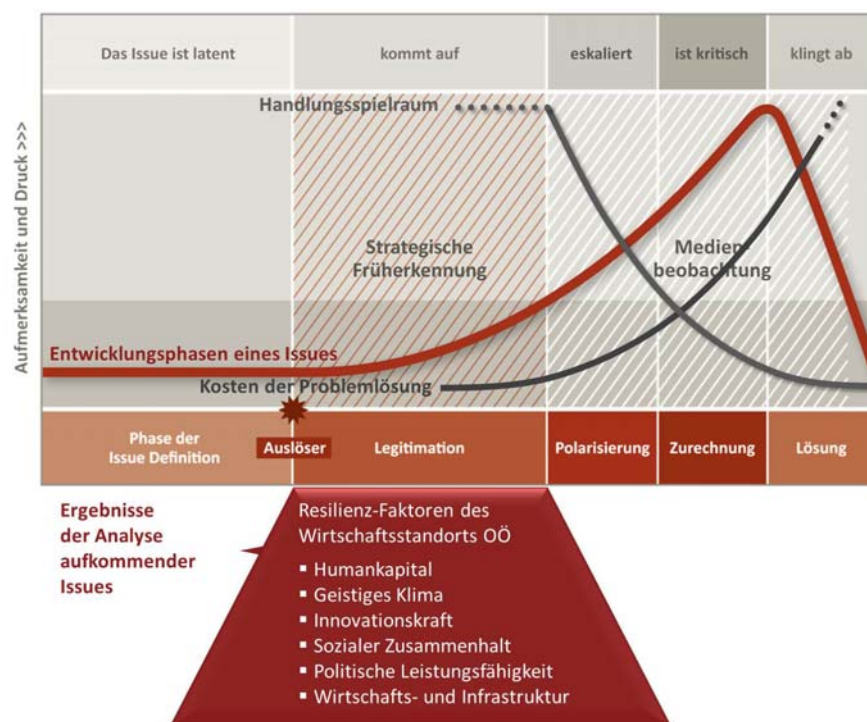
Für die Beobachtung und Bewertung solcher Entwicklungen hat sich das Instrument der Arena Analyse besonders bewährt. Die von Kovar & Partners entwickelte und regelmäßig angewandte Methode dient der Früherkennung von wichtigen Veränderungen zu einem frühen Zeitpunkt. Die Arena Analyse richtet ihren Scheinwerfer auf sogenannte „emerging issues“, also Themen, die von der allgemeinen Öffentlichkeit noch nicht wahrgenommen, im Kreise von Insidern aber bereits diskutiert werden. Expertinnen und Experten stoßen in ihrem eigenen Fachgebiet naturgemäß als erste auf neue Probleme oder neue Ideen. Sie erkennen dort Veränderungen schon zu einem Zeitpunkt, zu dem die damit verbundenen Probleme noch nicht eskaliert sind und diese Fragen in der Politik und in den Medien noch nicht den angemessenen Stellenwert erhalten. Dieses spezifische Fachwissen kann mithilfe geeigneter Befragungen zugänglich gemacht werden. Durch die Aufnahme einer ausreichend großen Anzahl von Expertinnen und Experten in das Panel der Befragten kann sichergestellt werden, dass kein wichtiges Thema übersehen wird.

Die Arena Analyse liefert also zum einen den 360°-Rundumblick auf sich anbahnende Entwicklungen, zum anderen die Früherkennung. Damit ermöglicht sie es den Entscheidungsträgern, also im vorliegenden Fall allen jenen, die die Zukunft des Standorts Oberösterreich mitgestalten wollen, präventiv Maßnahmen zu ergreifen, um drohende Fehlentwicklungen zu verhindern.

Für die vorliegende Studie wurden vier aufeinander folgende Phasen der Analyse durchgeführt:

- Im ersten Schritt wurde ein Panel von rund 60 Expertinnen und Experten aus allen relevanten Fachgebieten befragt (siehe Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Anhang).

- ▶ Die Antworten wurden zu Gruppen geclustert, mit dem Ziel, die dahinter liegenden zentralen Faktoren für die Zukunftsfähigkeit des Standortes Oberösterreich zu finden. Diese sechs Faktoren bilden die Handlungsfelder, in denen Probleme für den Standort auftreten können und wo Maßnahmen zur Sicherung greifen müssen.
- ▶ Dieses Zwischenergebnis wurde neuerlich einem Panel vorgelegt. Der „Runde Tisch Standort Oberösterreich“ fand am 20. März 2015 in Linz statt und verfolgte vordringlich das Ziel, Empfehlungen für Handlungsoptionen zu den Handlungsfeldern zu erarbeiten.
- ▶ Die Ergebnisse des Runden Tisches wurden im vierten Schritt wieder in die Analyse eingearbeitet.



Mit der Befragung von Expertinnen und Experten können identifiziert werden, noch bevor die Themen politisch und medial eskalieren. Die strategische Früherkennung politischer Risiken und Chancen liefert sechs Faktoren für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich.

Um einen möglichst offenen Umgang mit den auftretenden Themen sicherstellen zu können, wurde allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zugesagt, dass ihre Beiträge nur anonymisiert ausgewertet werden – dies gilt sowohl für die großteils schriftlichen Beiträge und mündlichen Interviews, als auch für Aussagen, die beim Runden Tisch gemacht wurden.

Bei allen kursiv gesetzten Passagen im vorliegenden Bericht handelt es sich somit um wörtliche Zitate von Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die jedoch ohne Nennung von Namen angeführt werden.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Arena Analyse anhand der sechs Faktoren für die Zukunftsfähigkeit des Standorts dargestellt, wobei jedem der Faktoren jeweils zwei Unterkapitel gewidmet sind: Einmal sind die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Studie genannten Issues und Probleme aufgeführt, wobei es das Ziel der Darstellung war, Zusammenhänge und Querverbindungen sichtbar zu machen. Zum zweiten sind für jeden der Faktoren Optionen genannt, also Möglichkeiten für Eingriffe und Maßnahmen, mit denen drohende Fehlentwicklungen verhindert oder aber Weichen für die Nutzung von Chancen gestellt werden können. Anders ausgedrückt: Für jeden der Zukunftsfaktoren werden zunächst die Problemfelder und dann die Handlungsfelder dargestellt.

Ergebnisse

Die Auswertung der Befragung ergab folgende sechs Resilienz-Faktoren und Handlungsfelder für die Zukunftsfähigkeit des Landes:



Für diese sechs Problem- und Handlungsfelder lassen sich Idealbedingungen formulieren – Gründe, warum sie jeweils der Resilienz des Standortes förderlich sind sowie die Ausprägung, die als wünschenswert gilt.

Wirtschaftsstruktur, Infrastruktur

Wichtigste Voraussetzung für eine krisenresistente Wirtschaftsstruktur ist eine ausreichende Diversifizierung der Branchen und vor allem der Unternehmensgrößen. Eine Vielzahl an KMUs gibt der Region mehr Stabilität als die Abhängigkeit von einigen Großbetrieben. Unabhängig davon wirkt sich aber auch das Vorhandensein von Leitbetrieben positiv aus – also Unternehmen, die in der Region hohe Wertschöpfung erzeugen und über ihre reine Produktionstätigkeit regionale Verantwortung zeigen.

Die Infrastruktur umfasst neben Energie und Verkehrsverbindungen auch leistungsfähige Datenleitungen und die Verfügbarkeit von industrienahen Dienstleistungen.

Humankapital und Sozialkapital

Die Wirtschaft einer Region ist nur dann leistungsfähig, wenn sie auf ausreichend qualifizierte Mitarbeiter (von Facharbeitern bis zu forschenden Wissenschaftlern) zugreifen kann. Deshalb muss auch das Bildungssystem

in die Bewertung der Resilienz einbezogen werden, und zwar nicht nur dessen Aufbau, sondern auch die Frage, in welchem Ausmaß die gut Ausgebildeten auch tatsächlich in der Region bleiben, weitere zuziehen und ihr Know-how zur Verfügung stellen. Weiters spielen alle jene Faktoren eine Rolle, die ganz allgemein eine Region „lebenswert“ machen und die Bewohner zum Bleiben veranlassen – Gesundheitsversorgung, Freizeit, gesellschaftliches Klima (soziale Diversität und Toleranz), Sicherheit im Alltag.

Leistungsfähigkeit des politischen Systems

Günstig für die erfolgreiche Entwicklung eines Landes sind politische Systeme und reale Machtverhältnisse, die zum einen Stabilität und Kontinuität sicherstellen können, zum anderen aber über ausreichende Offenheit und demokratische Vielfalt verfügen, sodass echter Wechsel und Konkurrenz der Ideen stattfinden kann. Weiters ist das Ausmaß der Reformbereitschaft und Reformfähigkeit der politischen Entscheidungsträger ein wichtiger Faktor.

Soziale Sicherheit und soziale Kohäsion

Günstig für die Resilienz einer Region ist es, wenn die Spanne zwischen Niedrigst- und Höchsteinkommen nicht allzu weit klafft und langfristige Vermögenswerte quer durch die Bevölkerung breit gestreut sind. Das Vertrauen in sichere Arbeitsplätze und funktionierende (soziale wie menschliche) Netzwerke spielt ebenfalls eine große Rolle, außerdem das Gefühl des Integriertseins und der Toleranz und des Selbstwerts.

Innovation und langfristige Visionen

Wie veränderungsfreudig ist die Gesellschaft, die Wirtschaft, die Politik? Wie sehr werden Innovationen und Forschung gefördert? Welche innovativen Ansätze gibt es tatsächlich? Wo sind Innovationen dringend nötig? Das Ausmaß an Innovation liefert einen deutlichen Hinweis darauf, wie stark die Wirtschaft in 10 oder 20 Jahren noch sein wird.

Geistiges Klima: Heimat, Internationalität und Kulturleben

Erfolgreichen Regionen gelingt die schwierige Balance zwischen Offenheit für Impulse von außen und einem Maß an Autonomie (regionale wirtschaftliche Kreisläufe und Wertschöpfungsketten), das die Auswirkungen von negativen internationalen Entwicklungen dämpft. Analog wirkt sich auch ein Gleichgewicht zwischen Tradition und Innovation (Weitergabe von Wissen an die nächste Generation, die es weiterentwickelt und gerade dadurch bewahrt) günstig auf die langfristige Stabilität aus.

1. Wirtschaftsstruktur und Infrastruktur

Oberösterreichs Wirtschaftsstruktur erfüllt in den meisten Kriterien die Anforderungen, die eine Region ökonomisch krisenfest machen. Das ist auch von nationaler Bedeutung, weil in Oberösterreich rund 610.000 Beschäftigte in knapp 90.000 Unternehmen tätig sind. Damit steht das Land im gesamtösterreichischen Vergleich auf Platz 2, was die Arbeitsplätze betrifft. Mit einer Exportquote von 56,9% beweisen diese Unternehmen ein hohes Maß an Internationalität, wobei Deutschland als Zielland mit Abstand an erster Stelle steht. Der größte Teil der Unternehmen fällt in die KMU-Kategorie, allerdings haben auch einige der größten Unternehmen Österreichs wesentliche Standorte in Oberösterreich, etwa voestalpine, BMW Motoren GmbH, Borealis, Hofer, Magna Steyr oder Lenzing AG.

Als weitere Stärken des Standorts sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arena Analyse: *„Starke Industrie- und Technologielandschaft; Hohe F&E Ausgaben der Wirtschaft; niedrige Arbeitslosenquote; Nähe zum wichtigsten Wirtschaftspartner Deutschland; hohe Kooperationskultur zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie innerhalb der Wirtschaft (Clusterland Oberösterreich) und somit hohe Diffusionsgeschwindigkeit von neuem Wissen.“*

Diese Vorrangstellung ist in den Augen der meisten Teilnehmer der Arena Analyse jedoch keineswegs für die Zukunft abgesichert. *„Oberösterreich genießt in volkswirtschaftlicher Hinsicht einen großen Vorteil gegenüber anderen Bundesländern hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, der Innovationskraft, des Pro-Kopf-Einkommens, etc. Das kann aber nur so bleiben, wenn wir uns aktiv bemühen, den Wirtschaftsstandort weiter zu stärken“,* schreibt ein Teilnehmer. In einem anderen Beitrag heißt es: *„OÖ ist in der begnadeten Situation eines leistungsfähigen Wirtschaftsstandortes mit hoher Kaufkraft und gesunden Strukturen in der Wirtschaft. Doch jetzt muss an den Rahmenbedingungen konsequent gearbeitet werden.“*

Wettbewerbsfähigkeit

Für jedes Unternehmen, jede Branche und jede Region gilt: Sich auf erreichten Vorsprüngen gegenüber den Mitbewerbern auszuruhen, ist immer höchst fatal. Oberösterreich muss daher konsequent daran arbeiten, seine Position im internationalen Wettbewerb abzusichern. Für einige der befragten Experten ist die Wettbewerbsfähigkeit des Landes schon jetzt stark gefährdet. In einem Beitrag heißt es: *„Aus unserer Sicht sinkt die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität des Standorts Österreichs stetig und hat dabei bereits ein kritisches Minimum erreicht, was insbesondere auf massive Kosten der Arbeit für Unternehmen zurückzuführen ist.“*

Um mit ihren Produkten weltmarktfähig zu bleiben, weichen daher besonders exponierte Produktionen bereits in Länder mit günstigeren

Kostenstrukturen aus: *„Oberösterreich als Industriestandort hat seit Jahrzehnten eine zentrale Rolle für die österreichische Wirtschaft. Diese wichtige Funktion wird durch immer größer werdende Abwanderungstendenzen in Billiglohnländer gefährdet.“* Ein anderer Experte hält fest: *„Oberösterreich hat seine wirtschaftliche Leaderfunktion schon vor zwei oder drei Jahren verloren, man ist schnell unten, aber es dauert Jahre, bis man wieder oben ist.“*

Konkret werden folgende Wettbewerbsnachteile des Standorts Oberösterreich genannt:

Arbeitskosten und Arbeitsrecht

Für einen Industriestandort sind Fragen der Lohnkosten und Lohnstückkosten immer von existenzieller Bedeutung, umso mehr, wenn die Unternehmen stark international exponiert sind. Weshalb ein zentrales Ergebnis der Arena Analyse lautet: *„Der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ist mittelfristig nur durch Personalkosten- und Lohnnebenkostensenkung möglich“.*

Dieses Ziel ist in der Praxis umso schwieriger erreichbar, als schon heute zwischen den Kostenbelastungen der Unternehmen und den tatsächlichen Löhnen eine ziemlich große Spanne klafft: *„Die Unternehmen sind durch massive Kosten der Arbeit belastet, während gleichzeitig die Nettoeinkommen der ArbeiterInnen und Angestellten viel zu niedrig sind.“* Zudem leiden vor allem Industriebetriebe mit stark schwankenden Nachfrage-Zyklen unter der mangelnden Flexibilität des Arbeitsrechts: *„Für Unternehmen ist es unerlässlich, flexibel auf schwankende Marktbedarfe reagieren zu können. Es sollte möglich sein, in Perioden von wenig Arbeitsauslastung schnell und unproblematisch Urlaub abzubauen oder zusätzliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen, jedenfalls aber ohne damit Unternehmen mit zusätzlichen Kosten zu belasten. Andererseits sollen auf steigende Nachfrage schnell, unbürokratisch und situationsbezogen zusätzliche Produktionsschichten eingelegt werden können.“*

Ein anderer Beitrag hält lakonisch fest: *„Probleme macht uns ein Arbeitszeitmodell, das aus dem vorigen Jahrhundert stammt – damit verlieren wie die Zukunft und die Jungen, die lieber ins Ausland gehen.“*

Umweltschutz-Vorschriften

Gerade weil Oberösterreich „die Umweltthemen größtenteils in den Griff bekommen“ hat, drohen überschießende Vorschriften die Wettbewerbsfähigkeit vieler Industriebetriebe zu gefährden. *Hohe Auflagen, momentan stark fokussiert auf Umwelt und Nachhaltigkeit“* führen dazu, dass *„eine wirtschaftliche Rentabilität nicht mehr gewährleistet werden kann“.* Es ist aber *„weder im Interesse der Arbeitnehmer/-innen noch ökologisch*

1. Wirtschaftsstruktur und Infrastruktur

vernünftig, wenn die energieintensive Industrie ihre Produktionsstandorte in Regionen verlagert, in denen niedrigere Umwelt- und Klimastandards herrschen“.

Bürokratie

„Wir müssen die Kosten der Bürokratie auf ein notwendiges Minimum reduzieren“, heißt es in mehreren Beiträgen. Kosten entstehen dabei nicht nur durch eine hohe Anzahl an Landesbeamten, sondern vor allem durch den Aufwand, den die Kommunikation mit Ämtern und Behörden nach sich zieht, sowie den Aufwand für die Meldung von Daten, die Dokumentation der Einhaltung von Vorschriften und die regelmäßigen Kontrollen. Nach Ansicht eines Experten liegen *„die Gründe für die Bürokratie in einem falschen Verständnis von Regionalstaat und einem überbordenden Kammerstaat. Wir haben neun Bundesländer und keine Synergien. Das ist historisch gewachsen, nicht mehr state of the art, in jedem Unternehmen gibt es mittlerweile shared services.“*

Regionale Ungleichgewichte

Die Wirtschaftskraft konzentriert sich in zwei Zonen, dem Großraum Linz-Traun-Wels zum einen und der Grenzregion zu Bayern zum anderen. Dem stehen strukturschwache Gebiete gegenüber, insbesondere das Mühlviertel und der (allerdings wenig besiedelte) Süden des Landes. *„Im Mühlviertel ist trotz neuer Verkehrsverbindungen und spezieller Anreize bei der Wohnbauförderung kein Strukturwandel erkennbar. Das Innviertel ist schon seit längerem in Richtung Bayern orientiert.“* Das geht so weit, dass Teile des Innviertels dem Zusammenhang des Landes entgegenwirken und auch in ihren politischen Interessen eigene Wege gehen, wie ein anderer Beitrag festhält: *„Im Innviertel genügt man sich schnell in der eigenen Weltsicht, das sehe ich durchaus als Risiko.“* Die Herausforderung wird darin bestehen, mit integrativen Bemühungen den zentrifugalen Kräften entgegen zu wirken, nötig ist außerdem, *„die Stärken von Grenzregionen (vor allem Mühlviertel/Tschechische Republik) noch intensiver zu nutzen.“*

Strukturprobleme in Schlüsselbranchen

Die Wettbewerbsfähigkeit der oberösterreichischen Wirtschaft ist aber noch viel fundamentaler bedroht. Nicht nur hohe Kosten und unflexible Bürokratie können erfolgreiche Unternehmen rasch zurückfallen lassen. Vielmehr machen es technologische Umbrüche in vielen Branchen nötig, Produkte und Produktionsweisen rasch anzupassen, um in der eigenen Branche am Ball bleiben zu können. *„Durch den raschen technologischen Wandel verlieren die oberösterreichischen Weltmarktführer in Nischen ihre Vormachtstellung“,* fürchtet ein Experte, *„damit gehen Exporte zurück und die Region verliert massiv an Attraktivität.“*

Zulieferindustrie

Viele Unternehmen in Oberösterreich sind technologisch führend, dies aber in Bereichen, wo sie stark von Veränderungen in angelagerten Industrien abhängig bleiben. *„Wir haben relativ viele Halbzeughersteller und Zulieferer, vor allem an die deutsche Autoindustrie, und müssen uns an deren technologische Marschrichtung anpassen.“* Ein anderer Beitrag sieht eines der großen Risiken für die Zukunft des Standorts Oberösterreich *„in der starken Ausrichtung auf automotiv Produktionen, insbesondere automotiv Zulieferbetriebe“*. Der Grund dafür liegt darin, dass gerade die Spezialisierung den Markt für die hoch entwickelten Produkte einengt. Wenn die Autoindustrie in eine Rezession gerät oder sich technologisch wandelt, dann betrifft das eine große Anzahl oberösterreichischer Unternehmen in existenzieller Weise.

Grundstoffindustrie

Die Zukunft der voestalpine am Standort Linz ist keineswegs gesichert. Zwei Entwicklungen fallen hier zusammen: *„Erstens, das natürliche Ende des Investitionszyklus eines Teiles der Roheisenerzeugungskapazitäten und damit die Notwendigkeit einer Entscheidung über etwaige Nachfolgeinvestitionen. Zweitens, die aus der Europäischen Union kommende und dort im Oktober 2014 vom Europäischen Rat politisch beschlossene Verringerung der Treibhausgas-Emissionen der Europäischen Schwerindustrie um 43 % im Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 2005.“* Die Klimaschutz-Auflagen sind für eine Hochofenanlage technisch nicht realisierbar, weshalb die Entscheidung über Investitionen in jener Größe, wie sie für eine neue Roheisenproduktion nötig sind, unmöglich machen. Zwar sind von der EU Ausnahmeregelungen zugesagt, doch, so ein Experte der Arena Analyse, *„wird es für jedes Unternehmen sehr schwierig sein, Investitionen zu verantworten, wenn diese nur durch Ausnahmeregelungen wirtschaftlich sein können.“*

Eine Lösung bestünde darin, dass die voestalpine auf eine neue, emissionsärmere Technologie zur Roheisenerzeugung umstellt, doch fehlen dafür die energiewirtschaftlichen Voraussetzungen. Die voestalpine müsste auf *„ständig verfügbare große Strommengen (mehreren Terawattstunden pro Jahr)“* zugreifen können. Zudem fehlen *„die Leitungen zur Lieferung (380 KVA Leitungen) und zur Netzstabilisierung“* sowie *„Schutzmechanismen für die Wirtschaftlichkeit der während der schrittweisen Transformation des Standortes über 2030 hinaus weiter zu betreibenden Hochofentechnologie“*.

Handelsbranche

Eine Branche, in der Strukturprobleme ganz anderer Art bevorstehen (und bereits eingetreten sind), ist der Handel. Es ist der Politik (europaweit)

1. Wirtschaftsstruktur und Infrastruktur

bisher nicht gelungen, die finanz- und arbeitsrechtliche Schieflage zwischen Versandhandels-Unternehmen und stationärem Handel zu überwinden. Oberösterreich ist Standort großer Handelsunternehmen einerseits (Hofer, Pfeiffer), zum anderen haben sich hier wegen der verkehrsgünstigen Lage Speditionen und Logistikanbieter angesiedelt. Umbrüche in der Handelsbranche haben somit potenziell große Auswirkungen auf Oberösterreich.

Was dem stationären Handel zunehmend zu schaffen macht: Die Konkurrenz im Internet wählt Offshore-Destinationen als offiziellen Unternehmenssitz, entzieht sich damit dem Zugriff der Finanz in jenen Ländern, wo ihre Kunden sitzen und sie daher eigentlich ihre Geschäfte abwickeln. Zudem unterlaufen sie durch geschickte Wahl der Standorte ihrer Auslieferungslager die Kollektivverträge jener Länder, in denen sie mit dem stationären Handel um gleiche Kundengruppen werben. Wenn es nicht gelingt, diese Benachteiligung rechtlich in den Griff zu kriegen, dann drohen einige wenige Anbieter im Internet *„den regionalen Handel zu ersticken“*, überdies *„entgehen dem Staat Hunderte Millionen Euro“*.

Innovationen und Digitalisierung

Abgesehen von diesen Schlüsselbranchen wird Oberösterreich von den Umbrüchen in allen Bereichen der Wirtschaft betroffen sein, wo Digitalisierung und Robotics die Grundlagen des Wirtschaftens verändern. Generell liegen die Stärken der oberösterreichischen Wirtschaft gemäß Befund des Arena-Analyse-Panels vor allem in *„traditionellen Branchen, dagegen gibt es relativ wenig Zukunftsbranchen (Lifes Sciences, Biotechnologien, etc.)“*.

Da sich dort die Art des Wirtschaftens gerade massiv ändert, sind Anpassungen nötig. *„Die Fabriken der Zukunft werden sich im Zuge der Digitalisierung dermaßen verändern, dass es massive Konsequenzen für die regionale Entwicklung geben wird.“* Die Antwort darauf liegt zum einen *„in der Geschwindigkeit. Technologien sind im Prinzip global immer verfügbar. Ihr Einsatz in der Produktion im Sinne eines besseren Kundennutzens ist zu bewerkstelligen.“*

Nachteilig wäre es auch, wenn sich herausstellt, dass große kapitalstarke Unternehmen den technologischen Wandel besser bewältigen als KMUs. Denn die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Oberösterreich hängt nach Meinung der Experten ganz wesentlich von der Vielfalt und dem sinnvollen Miteinander großer und kleiner Unternehmen ab. *„Wenn die Struktur der vielen KMUs verschwindet, verschwindet damit auch unser sicherer Wirtschaftsraum“*, heißt es, gleichzeitig aber auch: *„Wir brauchen wieder große Fertigungsbetriebe im Land, um die sich die vielen kleinen Zulieferbetriebe neuerlich ansiedeln.“* Die produzierende Industrie wird auch in Zukunft das Rückgrat einer vielfältigen und deshalb resilienten

Wirtschaftsstruktur sein müssen: *„Nur mit Planung, Beratung und Consulting werden wir den Wirtschaftsraum nicht erhalten können. In einer gesunden Wirtschaft braucht es die Vielfalt. Es braucht EPUs, KMUs und es braucht große Fertigungsbetriebe und hier nicht nur die Zentrale mit Büroarbeitsplätzen, wir brauchen Handwerk und Industrie.“*

Tourismus

Oberösterreich hat sich bisher vor allem als Industrieland positioniert. Dabei spielt der Tourismus durchaus eine große Rolle, wenn auch beschränkt auf einige Regionen, allen voran natürlich das Salzkammergut, bzw. die Region der großen Seen. Linz ist als Kulturdestination bedeutend, das Mühlviertel und der südliche Rand des Traunviertels dagegen allenfalls noch als regionale Ausflugsdestination.

Langfristig sollte Oberösterreich aber einiges an touristischem Potenzial haben, meinen Experten und fordern daher: *„Oberösterreichs Stellung als Tourismusland muss noch viel mehr gestärkt werden, so wie es die Marke als Industrieland hat, müsste das auch für den Tourismus gelingen.“*

Einer solchen Entwicklung stehen mehrere Strukturprobleme im Weg. So glauben die Experten der Arena Analyse nicht an die Zukunft des Skitourismus in einem Land ohne hochalpine Lagen: *„Durch den Klimawandel wird Oberösterreich als Skidestination schwer zu kämpfen haben. Umstellung auf Alternativen sollten in diesen Regionen möglichst früh geplant werden.“*

Im Salzkammergut scheitert der Ausbau des touristischen Angebots oft genug daran, dass *„häufig die schönsten Standorte unerschwinglich sind. An den Seen wurde es zugelassen, dass es keinen freien Seezugang für Hotelgäste mehr gibt, weil die Uferzonen in Privatbesitz sind. Überdies wehren sich Zweitwohnsitzer in attraktiven Gegenden häufig massiv gegen jede Zunahme des Tourismus und wollen das landschaftliche Juwel für sich haben.“*

Während die Bedürfnisse von Zweitwohnsitz-Eigentümern als unzulässiger Egoismus gewertet werden können, müssen jedoch die echten Einheimischen so einbezogen werden, dass sie den Tourismus akzeptieren und sich damit identifizieren. Nur dann kann eine regionale Authentizität entstehen, die wiederum neue Ideen und Konzepte hervorbringt. Ein Experte zitiert ein Beispiel aus dem Innviertel: *„Da gibt es eine Initiative, bei der Bauernhöfe mit Fremdenzimmern mit Unternehmen zusammenarbeiten, die räumlich nahe gelegene Unterbringungsmöglichkeiten für ihre Gäste aus den USA gesucht haben.“* Nicht stadtflichtige Urlauber, sondern Geschäftsreisende werden am Bauernhof untergebracht – eine Lösung, die nur aus konkreten Anforderungen der Praxis entstehen konnte. *„Unternehmen haben häufig ein gutes Gefühl, was an Nächtigungsmöglichkeiten und Gastronomie in einer Region erforderlich wäre.“*

Infrastruktur – Energie

Große Sorge bereitet den Teilnehmern der Arena Analyse die zukünftige Energieversorgung. Vor allem bei Strom haben die Verwerfungen der letzten Jahre gezeigt, wie fragil und verletzlich das bestehende Energiesystem ist. Dieser Befund gilt allerdings nicht für Oberösterreich im Speziellen – sondern für ganz Mitteleuropa, vor allem für das Strom-System zwischen Österreich und Deutschland. Allerdings ist Oberösterreich mit seiner Industrie besonders betroffen, wie oben bereits am Fall der voestalpine sichtbar wurde.

Energie, vor allem Strom zu konkurrenzfähigen Preisen, ist für einen Industriestandort wie Oberösterreich lebenswichtig. *„Eine hohe Qualität der Versorgungssicherheit mit Strom ist die elementare Voraussetzung für einen Wirtschaftsstandort. Der Preis für Strom ist ein bedeutender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der öö. Unternehmen, insbesondere der erzeugenden Industrie“*, schreibt ein Teilnehmer der Arena Analyse. Ein anderer Beitrag sieht in *„hohen Energiekosten, überbordenden Zielen der Umweltpolitik (Emissionshandel z.B.)“* eine Gefahr für die Industrie und die Bauwirtschaft in Oberösterreich. Insgesamt gilt: *„Sollten wir unsere Region als Produktionsstandort der Zukunft darstellen, werden wir neben den bereits sehr hohen Personalkosten, günstige Energie für den Produktionsprozess bereitstellen müssen.“*

Was die Strom-Infrastruktur gefährdet, sind mehrere internationale, nationale, aber auch regionale Fehlentwicklungen:

- ▶ Für die Energie-Erzeuger ist Strom unter den herrschenden Marktbedingungen in Österreich derzeit nicht kostendeckend produzierbar. Deshalb steigt der Importanteil, gleichzeitig liegen alle Ausbaupläne für heimische Kraftwerke auf Eis. Die Unwirtschaftlichkeit der traditionellen Stromproduktion wird durch die Förderpolitik für Wind und Sonne noch verstärkt. Für die Konsumenten (damit auch die Wirtschaft) erhöhen sich aber die Kosten, da die Förderungen über diverse Ökostrom-Zuschläge abgegolten werden müssen.
- ▶ Die Zunahme an Wind- und Sonnenenergie würde Investitionen in die Netzinfrastruktur bedingen, die aber nicht finanzierbar sind, weil die Tarife der Netzbetreiber reguliert werden und darauf nicht ausreichend Bedacht nehmen.
- ▶ Zusätzlich kommt für Oberösterreich das Problem der stark diversifizierten Versorger hinzu, die von den Teilnehmern der Arena Analyse als Problem gesehen wird, denn sie *„verhindert zusätzlich die Hebung von Synergie- und Kostenreduktionspotentialen. Eine dringend notwendige Konsolidierung in dieser Branche kommt nicht vom Fleck.“*

Diese Entwicklungen haben bereits jetzt einen Stillstand in der österreichischen Energiebranche bewirkt. Für die Konsumenten wird das Problem aktuell nicht spürbar, da ausreichende Überkapazitäten bei der

Stromproduktion europaweit vorhanden sind und die potenziellen Störungen in den Verteilernetzen bisher nicht auftraten. Ohne rechtzeitiges Gegensteuern droht aber ab 2020 ein veritables Energieproblem, unter dem die oberösterreichische Industrie vor allem zu leiden haben wird. Ein Beitrag zur Arena Analyse hält fest: *„Da Kraftwerksneubauten teilweise erhebliche Vorlaufzeiten beanspruchen, kann es ohne rechtzeitige Diskussion bzw. koordiniertes Vorgehen nach 2020 zu Engpässen kommen. Dabei wird vor allem die Versorgung in sonnen- und windschwachen Zeiten zum Thema.“*

Infrastruktur – Raumordnung und Verkehr

Oberösterreich verfügt über eine gute Verkehrsinfrastruktur, die jedoch laufend weiter ausgebaut werden muss. Die Logistik-Branche vermisst bereits jetzt ausreichende Kapazitäten bei überregionalen Verkehrssystemen: *„In Bezug auf Logistik benötigt das Land einen weiteren und vehementen Ausbau des Straßennetzes aber auch eine entsprechende Anbindung an den internationalen Flugverkehr.“*

Der Verkehr darf aber nicht isoliert betrachtet werden, sondern als Faktor der Besiedelungs- und Wirtschaftsstruktur. Oberösterreich muss eine stringendere Raumordnungspolitik entwickeln. Derzeit sind zwei parallele Tendenzen zu beobachten, die scheinbar in Widerspruch zu einander stehen, jedenfalls aber beide zu ungünstiger Besiedelungsstruktur führen, nämlich die Urbanisierung einerseits und die Zersiedelung des ländlichen Raums andererseits.

Menschen ziehen in die Ballungsräume, weil sie (fast nur) dort Arbeitsplätze finden, aber auch weil dort alle übrigen Angebote – von täglichen Einkaufsmöglichkeiten über Sport und Kultur bis zu Schulen für die Kinder – leichter zu haben sind als in kleinen Gemeinden. Die Zone von Linz über Traun bis Wels ist deshalb eine fast durchgehend bebaute Agglomeration.

Dieselben Personen, die wegen des Jobs oder wegen der Schulen für die Kinder ihren Lebensmittelpunkt in die Stadt verlegt haben, befriedigen jedoch ihren Wunsch nach dem Einfamilienhaus im Grünen, indem sie sich im Umkreis von rund 30-50 Kilometern um die Stadt ein Domizil mit Garten errichten. Von den Umlandgemeinden wird diese Suburbanisierung ihrer Orte unterstützt, weil sie durch das Bevölkerungswachstum zusätzliche Steuereinnahmen lukrieren.

Die Folgen sind jedoch eine Zerstörung der Landschaft durch Zersiedelung, eine starke Zunahme des Pendlerverkehrs sowie enorm steigende Infrastruktur- und Umwelt-Folgekosten. Es kostet ein Vielfaches, Strom-, Wasser- und Abwasserleitungen zu weit verstreuten Reihenhaussiedlungen zu bauen, als die gleiche Anzahl von Menschen in urban verdichteten Räumen zu versorgen. Die meisten dieser Kosten werden nicht

1. Wirtschaftsstruktur und Infrastruktur

von den Verursachern getragen, sondern über die jeweiligen Tarife der Allgemeinheit aufgebürdet. Das gilt auch für den (subventionierten) öffentlichen Verkehr und erst recht für den privaten Autoverkehr, weil zum einen Pendler steuerliche Begünstigungen erhalten, zum anderen die ökologischen Langzeitfolgen dieser Raumordnungspolitik von der Allgemeinheit getragen werden müssen.

Was hier Abhilfe schaffen würde, ist eine stärker zentral gesteuerte Raumordnungspolitik, sowie eine bessere Koordination bei der Flächenwidmung: *„Solange jeder Bürgermeister autark seine Raumplanung machen darf, werden in der Infrastruktur kostspielige Redundanzen finanziert, die nicht notwendig sind.“*

Zum nötigen Umdenken gehört auch, Städte in ihrem Image aufzuwerten. Moderne Architektur und die veränderten Lebensformen haben Städte bedeutend lebenswerter und menschlicher gemacht. *„Früher galt die Stadt als böse – sie war der Inbegriff der menschenfeindlichen, technokratischen Entfremdung: Beton, Grau in Grau, anonym, groß, einsam. Heute locken Smart Cities“ – und solche die es werden wollen – die Leute in die Ballungszentren; Städte sind die Regionen, die am stärksten wachsen und wachsen werden.“*

Der ländliche Raum in größerer Entfernung von den Ballungszentren leidet infolge des oben beschriebenen Phänomens unter Bevölkerungsschwund, der wiederum eine Abwärtsspirale in Gang setzt, weil weniger Menschen auch immer weniger an Infrastruktur rechtfertigen. Es wäre daher Aufgabe der Politik, meint eine Expertin, *„den Ausbau des öffentlichen Verkehrs im ländlichen Bereich zu stärken und dafür neue Konzepte zu erproben – weg vom Auto, dafür Busse oder sehr flexible Leihsysteme, die preisgünstig sind.“*

2. Optionen zur Entwicklung der Wirtschafts- und Infrastruktur

Mitwirken an Lösungen auf nationaler oder europäischer Ebene

Einige der Strukturprobleme, die auf den Standort OÖ zukommen, können nicht auf landespolitischer Ebene allein gelöst werden. Da sie aber negative Auswirkungen auf die Wirtschaft im Land haben werden, muss ihre Lösung trotzdem Teil der Agenda einer oberösterreichischen Standortpolitik sein. Die Aufgabe der Landespolitik besteht darin, die nationale und die europäische Ebene zu drängen, sich mit diesen Problemen zu beschäftigen und allenfalls Lösungsvorschläge vorzulegen.

Konkret betrifft diese Handlungsempfehlung drei Bereiche:

► **Kosten der Arbeit, rigides Arbeitsrecht:**

Auch die spezialisierten, technisch hoch entwickelten Unternehmen der Zulieferindustrie stehen unter internationalem Wettbewerbsdruck. Steigende Arbeitskosten bringen die Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr. Gleichermäßen drohen dem Standort Nachteile, wenn Oberösterreich für hochqualifizierte Facharbeiter nicht mehr attraktiv ist, weil sie für das gleiche Brutto anderswo mehr Netto-Einkommen erhalten.

► **Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft:**

Die starke Zunahme von Wind- und Solarenergie erfordert eine Neukonzeption des Strom-Marktes. Aufgabe der OÖ Landespolitik in diesem Zusammenhang sollte es unter anderem sein, die Versorgung der OÖ Industrie mit Energie zu wettbewerbsfähigen Kosten sicherzustellen.

► **Fairer Wettbewerb für die Handelsbranche:**

Auf europäischer Ebene müssen Maßnahmen gegen die Dumping-Konkurrenz durch Internethandelsunternehmen gefunden werden, die in Steueroasen ansässig sind und außerhalb des österreichischen (oder deutschen) Arbeitsrechts operieren.

Gesamtkonzept Verkehr

Oberösterreich braucht eine leistungsfähige Infrastruktur sowohl für den öffentlichen Verkehr als auch für den Individualverkehr. Beim öffentlichen Verkehr gibt es vor allem in ländlichen Bereich Nachholbedarf. Flexible Systeme mit Bussen, Sammeltaxis oder flexiblen Leihsystemen sollen den Pendlerverkehr aus den ländlichen Regionen in die Agglomerationen aus der einseitigen Abhängigkeit vom Auto befreien.

Dateninfrastruktur

Der Ausbau von leistungsfähigen Datenautobahnen muss zügig vorangetrieben werden.

2. Optionen zur Entwicklung der Wirtschafts- und Infrastruktur

Raumordnung

- ▶ Bessere Koordination bei der Flächenwidmung soll Doppelgleisigkeiten und kostspielige Rivalitäten zwischen Kommunen verhindern helfen.
- ▶ Bei der Flächenwidmung müssen die künftigen Infrastrukturkosten stärker berücksichtigt werden, um der Zersiedelung des Umlands von Städten entgegen zu wirken.
- ▶ Der innerstädtische Bereich von kleinen und mittleren Städten muss aufgewertet werden: Die Zentren sollen nicht nur museale Funktion haben, sondern auch durch Geschäfte, Lokale und Büros belebt werden.

3. Humankapital und gesellschaftliches Kapital

Menschen prägen stärker als Systeme, lautet ein Prinzip, das im Management von Organisationen große Bedeutung hat. Kein noch so stringentes Organisationsschema, keine noch so wirkungsvolle Kontrolle kann etwas daran ändern, dass ein Team aus qualifizierten, motivierten Mitarbeitern unter völlig gleichen Rahmenbedingungen ungleich bessere Ergebnisse liefert als ein schlecht abgestimmtes oder lustlos agierendes Team. Für die Qualität des Standortes sind somit die Menschen, die in den Unternehmen arbeiten, das wichtigste aller Erfolgskriterien.

Demografie

Um einen Eindruck von den bevorstehenden Veränderungen in der Bevölkerung Oberösterreichs und deren Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort zu gewinnen, ist es zunächst nötig, sich einige demografische Fakten in Erinnerung zu rufen.

- ▶ Die Welt insgesamt durchläuft eine Phase des massiven globalen Bevölkerungswachstums. Die Weltbevölkerung betrug 1950 – 2,53 Milliarden und wird bis 2050 auf 8-10 Milliarden ansteigen, also das Vierfache.
- ▶ In Europa stagniert die Bevölkerung aufgrund niedriger Geburtenraten. Ohne Migration würde die Bevölkerung sogar sinken.
- ▶ Migration hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, wobei die größte Gruppe der Einwanderer Menschen aus Deutschland sind. Experten gehen davon aus, dass die Zuwanderung in den nächsten 10 Jahren zumindest gleich hoch bleiben wird. Aus der Sicht der Finanzierbarkeit der Sozialsysteme ist eine Zuwanderung in diesem Ausmaß auch wünschenswert.
- ▶ Die Lebenserwartung steigt rasch an und liegt derzeit schon bei einem Durchschnitt von mehr als 80 Jahren.

Diese Faktoren verändern auch die Struktur der Beschäftigten in den Unternehmen. Das Zusammentreffen von hoher Lebenserwartung und immer weniger üppigen Pensionen bewirkt, dass Menschen immer länger im Beruf bleiben. Diese Veränderung hat positive Effekte – Kostensenkung beim Pensionssystem, Erhalt von Erfahrung, Wissenstransfer. Diesen stehen jedoch negative Konsequenzen entgegen – Konkurrenz zwischen Alten und Jungen auf dem Arbeitsmarkt in Zeiten steigender Jugendarbeitslosigkeit, steigender Zahl von Arbeitssuchenden im vorgerückten Alter. Trotzdem muss es das Ziel sein, geeignete Maßnahmen zu entwickeln, *„um ältere Mitarbeiter in einer flexiblen Form möglichst lange im Betrieb zu halten“*, denn *„bei der Art der heutigen Pensionierung geht ein Großteil des Wissens der Älteren für die Arbeitswelt sehr abrupt verloren.“*

3. Humankapital und gesellschaftliches Kapital

Denn derzeit würden *„Ausstiegsszenarien immer attraktiver, weil sich viele Beschäftigte nicht mehr vorstellen können, bis ins höhere Alter unter einem ständigen Druck zu arbeiten. Das Gefühl, je älter man wird, desto weniger kann man mithalten, desto weniger wird man als Arbeitskraft geschätzt, ist letztlich ausschlaggebend für die Motivation, nicht länger im Betrieb zu bleiben als unbedingt notwendig.“*

Die klassischen Lebensläufe *„mit der Abfolge Ausbildung – Beruf – Kinder, Familie – Beruf – Pensionierung rund um das 60. Lebensjahr sind nicht mehr zeitgemäß.“* Den „jungen Alten“ der Zukunft stehen die „alten Jungen“ gegenüber: *„Junge Menschen brauchen länger zum Erwachsenwerden und gehen auch mit anderen Ansprüchen ins Berufsleben. Der soziale Aufstieg wird grundsätzlich in Frage gestellt und scheint kein Kernaspekt der menschlichen Motivation mehr zu sein.“*

Insgesamt sehen die Experten der Arena Analyse in diesen Veränderungen viele Chancen: *„Es wird darauf ankommen, durch ein gezieltes Generationenmanagement und Methoden des Weiterlernens, das auf Erfahrung aufbaut, eine neue Arbeitswelt zu schaffen. Auch die Bildungssysteme müssen sich darauf einstellen, dass immer mehr ältere Menschen Bildungsbedürfnisse stillen und Bildungschancen wahrnehmen wollen.“* Als ein möglicher Vorschlag, wie man diesen Bedürfnissen gerecht werden kann, wurden *„Aus- und Weiterbildungsstipendien für Erwachsene“* genannt.

Oberösterreich könnte sich einen Wettbewerbsvorsprung sichern, indem sich das Land *„als Vorreiter für den weitblickenden Umgang mit dem demografischen Wandel positioniert. Wir sollten jetzt neue Konzepte entwickeln und die Rahmenbedingungen schaffen, um das Potenzial nutzen zu können.“* Potenzial sieht ein Teilnehmer auch in einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote, viel zu wenige Frauen würden Vollzeit arbeiten, *„es gilt, Frauen von ihrem Mind-Set her dahin zu bringen, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten wollen.“* Dazu müsste aber *„spezifisch in Oberösterreich“* die Kinderbetreuungssituation für Unter-Dreijährige dringend verbessert werden. *„Frauen, die früh wieder arbeiten wollen oder müssen, haben nicht nur in den Regionen, sondern auch in Linz ein Problem.“*

Bildung

Dem Bildungssystem kommt eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung von zukunftsfähigem Humankapital zu. Ein hohes Bildungsniveau per se ist noch kein Garant für eine erfolgreiche Berufslaufbahn. Insbesondere *„wird in Österreich (auch in Oberösterreich) den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) viel zu wenig Gewichtigkeit zugesprochen“*. Der Mangel an Technikern und Naturwissenschaftlern wird vor allem von der Industrie beklagt.

Dem „dramatischen Facharbeitermangel, der in Zukunft noch steigen wird“, stehen „überfüllte Universitäten, die in vielen Fächern weder Studiengebühren noch Zugangsbeschränkungen haben“ gegenüber. Das Stichwort lautet „wir brauchen Meister statt Master“. Die Lösung könnte in einer „neuartigen Facharbeiterausbildung (deutlich verkürzt)“ liegen, die sich gerade nicht an 15-Jährige Lehrlinge wendet, sondern ein Angebot darstellt für „AHS-Maturanten, Studienabbrecher an den Unis, junge Pensionisten, die sich nach einer Facharbeiterausbildung selbständig machen könnten sowie Asylwerber, die zum Teil über hohe Qualifikationen verfügen.“

Große Zukunftschancen räumen Experten allen Kombinationen aus technisch-handwerklichen Fähigkeiten und humanistisch-geisteswissenschaftlicher Bildung ein: „Der Stellenwert des Handwerks, bzw. von Facharbeitern muss erhöht werden. Das Modell Lehre mit Matura weist in die richtige Richtung, ebenso viele Fachhochschulen.“

Damit die Schulen diesen Anforderungen gewachsen sind, muss das starre System der staatlichen Verwaltung so weit gelockert werden, dass Qualitätsmanagement zumindest in gewissem Ausmaß möglich wird. „Schulen müssten die Möglichkeit haben, LehrerInnen selbst auszuwählen bzw. für die LehrerInnen wie in fast allen anderen gesellschaftlichen Bereichen messbare Erfolgskriterien anzulegen und sollten sich auch von ungeeigneten LehrerInnen trennen können.“ In einem anderen Beitrag heißt es, es müssten „individuelle Möglichkeiten auch für Schulen geschaffen werden, um kreative, leistungswillige und kompetente Köpfe an den Schulen zu stärken bzw. auch entsprechend individuelle Lehrlingsmaßnahmen zu setzen.“

Doch auch Jugendliche, die stärkeren Förderbedarf haben, „sollen eine Ausbildung erhalten“ und es sollten „Arbeitsplätze für Bildungsschwache geschaffen werden, was besser wäre als reine Sozialbetreuung“, wie ein Teilnehmer meint.

Der Zugang zu Bildung und Ausbildung wiederum hängt noch immer von der sozialen Herkunft ab. „Das beginnt bereits in der Frühförderung. Gerade Oberösterreich hat hier einen hohen Nachholbedarf. Für Kinder aus Familien mit geringerem Einkommen, niedrigerem Ausbildungsniveau der Eltern oder mit Migrationshintergrund ist der Zugang zu Bildung und Ausbildung viel schwieriger. Pro Jahrgang der 20- bis 24-Jährigen drängen deshalb immer noch 14 bis 15 Prozent nur mit Pflichtschulabschluss auf den Arbeitsmarkt.“

Neue Arbeitswelt, Work-Life-Balance

„Oberösterreich ist schön zum Wohnen, schön zum Pension beziehen und nebenbei ein wenig pfuschen, ist schön zum gratis studieren. Arbeiten kann man nach dem Gratis Studium dann in Deutschland oder der Schweiz“. Mit

3. Humankapital und gesellschaftliches Kapital

diesem Satz drückt ein Experte drastisch aus, was auch viele andere weniger kämpferisch anmerken: Oberösterreich hat es schwer, im „war for talent“ international mithalten zu können. Die hohen Nebenkosten für Arbeitslöhne machen es schwer, konkurrenzfähige Nettogehälter zu bieten. Gleichzeitig müssen die Unternehmen mit Arbeitsgesetzen umgehen, die der wachsenden Vielfalt an realen Beschäftigungsverhältnissen nicht mehr gerecht werden. *„Heute finden wir immer mehr moderne Wissensarbeitsplätze mit bestausgebildeten Menschen, die sich mit diesen unflexiblen staatlichen Vorschriften nicht anfreunden können. Sowohl diese Kategorie an Mitarbeitern, als auch die Unternehmen, die mit den modernen Technologien arbeiten, brauchen neue Formen an Arbeitskonzepten.“*

Beklagt werden auch die hohen Auflagen, die es einem Unternehmer fast unmöglich machen, alle Vorschriften für sichere Arbeitsplätze permanent einzuhalten – *„Barrierefreiheit, ASVG-Novelle, unternehmerfeindlicher Umgangston von Ämtern und Behörden – warum soll jemand eine Betriebsnachfolge in Österreich antreten?“*

Dem Wunsch nach offeneren, flexibleren, weniger stark regulierten Beschäftigungsmöglichkeiten steht diametral die Klage gegenüber, dass prekäre Arbeitsverhältnisse zunehmen: *„Eine große Anzahl von Personen sieht sich bereits jetzt ungewollt und immer häufiger dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt. Atypische Jobs, wie Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Beschäftigung, Leiharbeit, Schein-Selbstständigkeit, sowie Arbeit auf Abruf und Telearbeit nehmen enorm zu.“*

Die Herausforderung an die Politik besteht somit darin, zum einen Arbeitskräfte für die Unternehmen wieder „leistbar“ zu machen, zum anderen den Arbeitnehmern ein ausreichendes Maß an Sicherheit zu geben, damit es sich für sie lohnt, in ihre eigene Qualifikation zu investieren und ihre berufliche Zukunft im Land zu sehen. *„Wenn die Wirtschaft jene Arbeitskräfte, die sie benötigt, nicht mehr bekommt, wird sie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sein“.* Was dazu nötig ist, ist ein gemeinsames Engagement von Politik, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen und Eltern: *„Die Wirtschaft muss die berufsbegleitende Ausbildung stärker unterstützen, umgekehrt muss die Ausbildungs- und Arbeitsmarktschiene verstärkt mit der Wirtschaft vernetzt werden.“*

Zuwanderung und Integration

Aus mehreren Gründen braucht Österreich eine kontinuierliche Zuwanderung – wirtschaftliche Überlegungen sprechen ebenso dafür wie die Notwendigkeit, mit Angehörigen anderer Sprachgruppen und Kulturen neue Impulse ins Land zu holen. Im Fall von Asylwerbern kommen noch humanitäre Verpflichtungen hinzu.

Wenn aber Migration stattfindet, dann sollte sie erstens gesteuert vor sich gehen und zweitens von rascher, aktiver Integration begleitet sein. Die

Gründe für Migration sind vielfältig. Diese aufzuschlüsseln und *„danach einen Maßnahmenkatalog zu erstellen, wie das Land mit Migration umgehen kann und soll“*, wurde von einer Expertin als wichtiger Schritt für eine funktionierende Integrationspolitik genannt. Es seien jedenfalls beide Seiten gefordert, *„es ist ein Geben und Nehmen und wir stehen vor der Gefahr, dass Integration völlig misslingt“*.

Menschen mit Migrationshintergrund *„besitzen oftmals zusätzlich zu ihren Fähigkeiten Fremdsprachenkenntnisse bzw. ein kulturelles Verständnis für Regionen außerhalb Österreichs. Immigration kann somit auch aus dieser Perspektive als Triebfeder verstanden werden, welche positive Effekte für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich mit sich bringt.“* Migranten und Migrantinnen bringen zwar zunächst Internationalität, doch muss das Ziel darin bestehen, sie möglichst rasch zu (Ober-)Österreichern zu machen: *„Der 2. und 3. Generation müsste man viel mehr ins Bewusstsein bringen, dass sei bereits Österreicher sind.“*

Kinder aus Migrantenfamilien *„müssen auf jeden Fall die allerbeste Unterstützung erhalten, ohne massive Fördermaßnahmen droht eine soziale Bombe“*, gibt eine Teilnehmerin zu bedenken. Viele Jugendliche mit Migrationshintergrund haben Schwierigkeiten, eine Lehrstelle zu finden. Ein Experte belegt dies mit statistischen Zahlen: *„Der Anteil von Jugendlichen mit nicht-deutscher Muttersprache in den polytechnischen Schulen beträgt 19 Prozent, in den Berufsschulen aber nur mehr 4 Prozent. Wenn es viel weniger Lehrberufe in wenigen Branchen gibt, wo Jugendliche mit Migrationshintergrund eine Ausbildung bekommen, ist das ein Problem.“*

Welche Zuwanderer braucht Oberösterreich also? Eine Forderung lautet: *„Es ist notwendig, auf qualifizierte Zuwanderung zu setzen“*, der Wirtschaftsstandort brauche Schlüsselarbeitskräfte. *„Es geht darum, die besten Köpfe ins Land zu holen – dafür muss es aber auch attraktive Arbeitsplätze und internationale Schulen geben.“* Dass allerdings ausländische Studierende, die in Oberösterreich ihren Abschluss gemacht haben, wieder das Land verlassen müssen, weil sie nach der Beendigung ihres Studiums nur schwer eine Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung erhalten, findet ein Teilnehmer der Arena Analyse unverständlich: *„Es kann nicht sein, dass wir junge Menschen aus aller Welt ausbilden, und danach erhalten sie keine Arbeitsbewilligung, obwohl sie gerne in OÖ bleiben und arbeiten würden.“*

Die Kenntnisse der Asylerwerber nicht brach liegen zu lassen, war einigen Expertinnen und Experten ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Menschen, die – oft sehr lange – auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten, müssten *„viel schneller eine Arbeitserlaubnis bekommen“*. Denn *„alle diese Menschen besitzen Fähigkeiten und Stärken – diese sollte man nutzen, wenn sie uns schon als neue Heimat gewählt haben.“*

3. Humankapital und gesellschaftliches Kapital

Als Vorschlag, wie die Fähigkeiten und Talente von Asylwerbern eruiert werden können, wurde von einer Teilnehmerin eine Art „*Arbeitstraining*“ genannt. In die Ausbildung von Asylwerbern zu investieren lohne sich allemal: *„Wenn die Menschen hier bleiben können, finden sie schneller Arbeit. Falls sie Österreich wieder verlassen müssen, dann können für sie die hier erworbenen Fähigkeiten auch anderswo hilfreich sein.“*

Sicherheit

Persönliche Sicherheit vor Willkür, Gewalt und äußeren Bedrohungen ist ein wesentlicher Faktor einer lebenswerten Region. Das Gefühl der subjektiven Sicherheit ist eine Voraussetzung, dass Familien sich hier ansiedeln und junge Menschen in der Region bleiben. *„Dieses Bedürfnis nach Sicherheit steigt mit den zunehmenden weltweiten Terroranschlägen“*. Oberösterreich gilt zu Recht als sehr sichere Region – sowohl was Kriminalität und Terror betrifft, also auch im Hinblick auf Katastrophen und Naturgewalten.

Dieses Asset sollte bewusst gepflegt werden, vor allem im Tourismusmarketing, aber auch beim Employer Branding und bei der Bewerbung der Standort-Qualitäten, denn *„vor allem in den USA spielt die Frage der Sicherheit bei der Auswahl von Urlaubsorten oder Stationen einer Berufskarriere eine große Rolle“*.

4. Optionen zur Entwicklung von Humankapital und gesellschaftlichem Kapital

Generationenmanagement

Der demografische Wandel macht Jung und Alt zu Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt. Es braucht daher ein gezieltes Generationenmanagement. Gemeint sind damit politische Programme, die dem Auseinanderdriften der Generationen und der zunehmenden Konkurrenz zwischen den Generationen gezielt entgegenwirken.

Nötig sind hier vor allem Maßnahmen in drei Bereichen:

- ▶ Förderungen für Jugendliche, um Dropouts zu verhindern und ihnen nach der Ausbildung einen raschen Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen
- ▶ weitreichende Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene
- ▶ Städtebauliche und raumplanerische Maßnahmen, um die Integration der Generationen zu fördern („drei Generationen wohnen in derselben Straße“)

„Meister statt Master“

In Oberösterreich herrscht bereits Facharbeitermangel, die Situation wird sich in Zukunft noch verschärfen. Das Ausbildungssystem muss daher durchlässiger werden. Konkret sollen AHS-Maturanten, Studienabbrecher und ältere Arbeitnehmer oder auch Wiedereinsteiger Möglichkeiten für eine verkürzte „Facharbeiterausbildung neu“ vorfinden.

Potenzial der Zuwanderer nutzen

- ▶ Das Land sollte die Fähigkeiten und Netzwerke von Zuwanderern systematisch nutzen. Das gilt vor allem für Sprachkenntnisse und Wissen um die Kultur von potenziellen Exportmärkten, ebenso für Netzwerke in und mit diesen Ländern.
- ▶ Ausländischen Studienabsolventen sollte es erleichtert werden, nach ihrem Abschluss auch im Land bleiben zu können.
- ▶ Mehr Arbeitsmöglichkeiten für Oberösterreicher mit Migrationshintergrund, für Asylwerber Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten
- ▶ Arbeits-„Trainings“ für Asylsuchende, um ihre Talente herauszufinden

5. Leistungsfähigkeit des politischen Systems

Reformbereitschaft

Wenngleich Oberösterreich in vieler Hinsicht als Musterland gilt – bei der Einschätzung der Reformbereitschaft der politischen Entscheidungsträger fallen die Zensuren durchwegs schlecht aus. *„Aufgrund des vorherrschenden Populismus übernimmt die Politik nicht die ihr eigentlich zugeordnete Verantwortung für die politische und wirtschaftliche Zukunft des Landes“*, heißt es in einem Beitrag.

Der Populismus zeigt sich vor allem im geringen Stellenwert, den Fragen der Wirtschaft in der politischen Öffentlichkeit einnehmen. *„Die Präsenz des Themas Wirtschaft und im Speziellen der Industrie nimmt in den Medien laufend ab. Öffentlichkeit und Politik widmen sich zu wenig den Fragen der Entwicklungen rund um das Thema Industriestandort und Standortpolitik. Den Menschen muss die Möglichkeit gegeben werden, die Auswirkung politischer Entscheidungen auf die Wirtschaft und den Industriestandort zu erkennen.“* Die Sorge um ein wirtschaftsfreundliches Klima sollte von der Politik als ihre Aufgabe erkannt werden, denn *„wenn Oberösterreich erfolgreich sein will, ist das Zusammenwirken von Wirtschaft (Managern) und Politik unabdingbar.“*

Die Politik ist *„veränderungsresistent und aufgrund von Machtpolitik nicht wirklich bereit, strukturell etwas zu verändern“*, ein anderer Experte beklagt die *„Entscheidungs- und Umsetzungsschwäche des politischen Systems“*.

Deshalb ist *„in den politischen Strukturen eine Veränderung dringend angesagt und ein wenig mehr Tempo wäre fruchtbar für OÖ, ein Generationenwechsel ist überfällig. Potentielle Nachfolger von LH Pühringer, die sich zu positionieren beginnen, werden auch wieder an Schwung verlieren, wenn ein Wechsel noch lange dauert.“* Mehr Schwung, das ist es jedenfalls, was die Wirtschaft brauchen würde, denn die Unternehmer beobachten bereits eine *„sukzessive Erosion der Standortqualität durch blockierte Politik.“*

Um mehr Dynamik in das System zu bringen, empfehlen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arena Analyse, die Spielregeln für die Landespolitik und die politischen Prozesse insgesamt zu verändern. Ein konkreter Vorschlag zielt auf die Amtsdauer von politischen Spitzenjobs – gemeint sind ohne Zweifel (auch wenn dies nicht klar ausgesprochen wird) die Ämter des Landeshauptmanns und der Landesräte: *„Nichts ist beständiger als die Veränderung, die man plant. Deshalb sollten politische Ämter auch auf zwei Legislaturperioden beschränkt sein.“*

Ein anderer Vorschlag lautet, den Regierungsproporz abzuschaffen und stattdessen einen echten Wechsel zwischen Regierenden und Opposition zu

ermöglichen. Schnelleren Wechsel und bessere Entscheidungsfreudigkeit würde auch ein Mehrheitswahlrecht bringen, dass zwar sehr umstritten ist, aber von einem der Experten ins Spiel gebracht wird: *„Wir brauchen es dringend. Vor lauter Kompromissen wird sonst nichts weitergebracht.“*

Ein Schritt zur Verbesserung wäre es bereits, wenn die regelmäßigen Blockaden von politischen Entscheidungen durch Wahlkämpfe systematisch verringert wird: *„Es müsste einen Superwahlsonntag geben, an dem alle Landtage gleichzeitig gewählt werden, dann noch an einem anderen Termin die Nationalratswahl. So könnte verhindert werden, dass alle zwei Jahre politisch nichts geschieht, weil irgendwo Wahlen sind.“*

Als Ursache für das Beharrungsvermögen des Status quo gelten auch die Kammern, weshalb die dort verordnete Zwangsmitgliedschaft ebenfalls auf der Liste jener Einrichtungen steht, die ihre Berechtigung oder ihren Nutzen erst wieder nachweisen müssen – einige Teilnehmer der Arena Analyse fordern ohne Umschweife, die Pflichtmitgliedschaft abzuschaffen, und zwar nicht nur bei den Kammern, sondern auch bei den jeweiligen Sozialversicherungen.

Politischer Wechsel bringt naturgemäß nur dann Vorteile, wenn dadurch jüngere, bessere, anders geschulte Entscheidungsträger an die Spitze des Landes kommen, weshalb *„die Schulung von Politikern“* ebenso eine Forderung darstellt wie die Aufforderung, *„es sollte mehr in Nachwuchspolitikern investiert werden.“*

Ein konkretes Ziel, das – in Oberösterreich wie in der ganzen Republik – an der Mutlosigkeit der Politik scheitert, ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte: *„Eines der massivsten Probleme Österreichs. Aber das Anspruchsdenken und die interessenpolitischen Machtpositionen sind derart verfestigt, dass eine substanzielle Gesundung öffentlicher Haushalte nicht umgesetzt wird.“*

Die mangelnde Problemlösungskompetenz führt zum *„Rückzug der jungen und mittleren Generation aus dem demokratischen System“*, erzeugt aber auch bei politisch Interessierten einen Vertrauensverlust gegenüber den etablierten Regierungsparteien. Die Folge ist eine schleichende Erosion der demokratischen Legitimation: *„Demokratiepolitisch könnte es künftig Probleme geben: Den großen Parteien traut wegen ihrer starren, alten Strukturen und wegen der oft unüberbrückbaren ideologischen Unterschiede der Zentrumsparteien (SPÖ, ÖVP) kaum noch jemand Problemlösungskompetenz zu. Entsprechend hohen Zulauf erhalten die kleineren, oft genug radikalen und populistischen Parteien. So wird aber die Koalitionsfindung erneut erschwert. Anstelle von Reformen kommt politischer Stillstand.“*

Öffentliche Verwaltung

Auch in Oberösterreich muss sich die öffentliche Verwaltung gefallen lassen, dass sie die Unternehmer als *„aufgeblähten Staatsapparat, charakterisiert durch Überbürokratisierung“* bezeichnen. Selbst freundlichere Kritiker sind sich jedoch einig, dass die Landesverwaltung verkleinert und in ihrer Effizienz gesteigert werden muss. Einer der Experten sieht die Lösung in einer radikalen Zentralisierung: *„Die Bürokratisierung lähmt das Land. Eine Verwaltungsreform ist überfällig. Wir benötigen schlanke Strukturen in der Verwaltung. Eine Zentralisierung ist unumgänglich, die Kleinhäuslerei mit 9 Bundesländern ist ehebaldigst zu beenden.“*

Ob aber zentral oder dezentral, wichtig ist jedenfalls ein Durchforsten der öffentlichen Aufgaben. Einfach Personal abzubauen führt nur zu längeren Verfahrensdauern, denn im bestehenden System wurden die Dienststellen ohnehin schon sehr stark ausgedünnt. Da diese Verkleinerung des öffentlichen Dienstes nicht strategisch passierte, sondern durch einen rigorosen Aufnahmestopp, haben viele Ämter inzwischen *„ein veritables Personalproblem – was dort dringend benötigt wird, ist ein zentrales HR-Management.“*

Während lineare Kürzungen bereits an ihre Grenzen stoßen, liegen echte Effizienz-Potenziale noch ungehoben: *„Die Landesverwaltung hat die Errungenschaften der Elektronik, des Internet, des e-Government noch nicht voll umgesetzt. Da gibt es noch ungeheure Möglichkeiten für Vereinfachungen und Einsparungen.“* Wer solche Vorschläge umsetzen will, stößt allerdings auf Widerstand bei denen, die vom Status quo profitieren: *„Die Verhinderer von Verwaltungs- Vereinfachungen sind die Besitzstandswahrer: Wenn zwei Bezirkshauptmannschaften zusammengelegt werden, gibt es weniger Bezirkshauptleute und weniger Hofrats-Jobs zu vergeben.“*

Auch das Beispiel der Steiermark (sprich: Zusammenlegen von Gemeinden) wird der Landespolitik ans Herz gelegt, allerdings ohne die negative Begleitmusik, die dort durch den Widerstand der Betroffenen entstand: *„Durch freiwillige Gemeinde-Kooperationen können noch einmal 20 Prozent Verwaltungskosten eingespart werden, ohne dass es Leistungsverluste für BürgerInnen gibt.“*

Ein Experte merkt an, dass die Reform der Verwaltung nicht nur eine Frage der Effizienz ist, sondern auch demokratiepolitische Aspekte berührt: *„Diese Fragestellung sollte primär unter dem Blickwinkel des Regulierungswahns und subsidiär unter dem Blickwinkel der Kosteneinsparung behandelt werden – weniger Verwalten, mehr Mut zur Eigenverantwortung.“*

Föderalismus reformieren

Wenn über die Leistungsfähigkeit der Landespolitik nachgedacht wird, darf auch die radikale Frage nach der Sinnhaftigkeit des Föderalismus insgesamt nicht ausgeklammert werden. Um ein Land wie Oberösterreich zu regieren und zu administrieren, gibt es nach Ansicht der Teilnehmer *„einfach zu viele Ebenen: Brüssel, den Bund, dann die Länder, die Bezirke, die Gemeinden.“* Welche dieser Ebenen eingespart werden kann, ist unklar, aber es wird deutlich ausgesprochen, dass durchaus auch die Notwendigkeit einer Landesverwaltung und Landesregierung hinterfragt werden muss: *„Auf Landesebene - nicht nur in OÖ - wird zunehmend nach der Berechtigung der Landespolitik gefragt. Diese hat keine Steuerhoheit und somit keine Verantwortung für die Belastung der Bürger. Zugleich wurden in vielen Bereichen, wo es eigentlich sinnvoll wäre, österreich- oder sogar EU-weit einheitliche Regelungen zu haben, regionale Regeln geschaffen, die den hohen Verwaltungsaufwand nicht rechtfertigen und die Rechtsunsicherheit schüren. Eine Bundesstaatsreform ist längst überfällig.“*

Dabei soll durchaus *„die subsidiäre Grundidee des Föderalismus beibehalten bleiben, doch muss die konkrete Ausformung des österreichischen Föderalismus verändert werden“*. Reformkandidaten sind dabei in erster Linie die Länderkompetenzen in jenen Bereichen, wo regionale Differenzierung im Grunde eher hinderlich als belebend wirkt: *„Wozu brauchen wir 9 Bauordnungen, 9 Tierschutzgesetze, 9 Jugendschutzgesetze? Auch die Sozialpartnerschaft brauchen wir nicht in 9-facher Ausfertigung.“*

Einigkeit herrscht auch darüber, dass die Landtage in ihrer bestehenden Form äußerst unbefriedigende Einrichtungen sind, die dringend reformiert werden sollten, wobei einerseits möglich wäre, ihnen andere Aufgaben und andere Rollen zu geben, oder aber sie aufzulösen (also auch die Ländergesetzgebung insgesamt abzuschaffen).

Die neun Bundesländer sollten ebenfalls nicht auf alle Zeiten unveränderbar gesehen werden: Die Idee, aus ihnen drei Bundesländer zu machen und sie zu logischen Großregionen zusammenzufassen, sollte ernsthaft diskutiert werden.

Zumindest wird gefordert, *„Geld- und Entscheidungsströme zu synchronisieren. Jemand, der Entscheidungen trifft, sollte auch die entsprechenden finanziellen Möglichkeiten – und die finanzielle Verantwortung – haben.“* Im bestehenden System passiert es nämlich, dass *„die Gemeinden über Investitionen entscheiden, die dann die Allgemeinheit zu tragen hat. Das gleiche im Land. Der Finanzausgleich gehört komplett neu aufgestellt, damit z.B. die Landesausgaben auch durch Landessteuern gedeckt werden und das sollte sich bis in die Gemeinden fortsetzen.“*

Dezentralisierung von Zentralbehörden

Eine Forderung, die auf den ersten Blick der kritischen Stimmung gegen den Föderalismus widerspricht, ist der Wunsch, die Bundesverwaltung stärker räumlich zu dezentralisieren. Aus oberösterreichischer Sicht wird die übermächtige Stellung von Wien sehr kritisch gesehen. *„Die Verdichtung des Großraumes Wien ist unmenschlich, unfinanzierbar, unüberschaubar, unsozial“*, heißt es in einem Beitrag, *„Dezentralisierung als Gegengewicht ist erforderlich. Was die Politik dazu tun kann, ist die Verlagerung von Bundesdienststellen von Wien in die Regionen.“*

Die Forderung nach einer *„Dezentralisierung von Zentralbehörden“* wird von mehreren Expertinnen und Experten erhoben. Denn *„Österreich ist derzeit einer der wenigen Staaten, in dem fast alle Zentralbehörden in Wien konzentriert sind“*. Ganz anders etwa in Deutschland, dort *„ist der Verfassungsgerichtshof in Karlsruhe, die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, das Bundeskriminalamt in Wiesbaden, KFZ- Bundesamt in Flensburg usw. Nur in Österreich ist alles in Wien.“* Das gilt auch für Behörden, deren Arbeitsgebiet im ländlichen Raum liegt – *„paradox: sogar die Bergbauernförderungsagentur hat ihren Sitz in Wien.“*

Hinter dem Konzept, Bundesstellen in ganz Österreich zu verteilen, steht nicht nur Lokalpatriotismus: *„Durch die Konzentration der Zentralbehörden in Wien, gehen den Bundesländern jährlich hunderte hochqualifizierte Bürger nach Wien verloren, die in diesen Zentralbehörden arbeiten. Aus Oberösterreich waren es in den letzten Jahren 7000.“*

Mehrere Experten schlagen daher fast gleichlautend vor: *„Um zu verhindern, dass die Entwicklung in dieser Form weiter geht, sollten sich die Bundesländer in einer gemeinsamen Aktion dafür einsetzen, dass zentrale Einrichtungen Österreichs auf die Bundesländer verteilt werden, um auch dort entsprechende Arbeitsplätze zu schaffen und auch dort die Meinungsbildung zu wichtigen Themen zu dezentralisieren.“*

6. Optionen zur Entwicklung des politischen Systems

„Umsetzen statt nur Diskutieren“

Die Politik sollte deutlicher Leadership zeigen, indem sie in Bereichen, die seit langem diskutiert werden, ohne dass sich etwas ändert, ein konkretes Reformprojekt definiert und zügig umsetzt. So könnte demonstriert werden, dass die großen scheinbar unrealistischen Veränderungen sehr wohl machbar wären, wenn auch vielleicht nur als Folge von vielen kleinen Schritten.

Mögliche Projekte in diesem Sinn:

- ▶ Gemeinden zusammenlegen: Die Fusion wäre nur administrativ; Namen und lokale Identitäten können erhalten bleiben
- ▶ Durchforstung von Auflagen mit dem Versprechen, Vorschriften tatsächlich abzuschaffen: Umweltrecht, Betriebsrecht, Arbeitsrecht

Mehr Know-how in die Politik

Politische Entscheidungen erfordern ein hohes Wissen um komplexe Zusammenhänge. Bei den politischen Entscheidungsträgern ist dieses Wissen oft nicht vorhanden – wie sich in der jüngeren Vergangenheit im Zusammenhang mit Finanzspekulationen gezeigt hat. Deshalb soll das Fachwissen in der Politik auf allen Ebenen gestärkt werden.

Ein möglicher Weg dazu ist das Fördern von Quereinsteigern, die Wissen und Erfahrung aus dem vorherigen Beruf mitbringen. In der Praxis scheitert der Wechsel aber sehr oft an der mangelnden Durchlässigkeit der Systeme Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Diese Durchlässigkeit muss verbessert werden, der Wechsel als solcher stärker positiv gesehen werden.

Damit solche Wechsel möglich sind, ohne gleich skandalisiert zu werden, müssen strenge Compliance-Regeln festgelegt und überprüft werden.

Mitwirkungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft

Bessere Formen der Mitbestimmung sind auf Landesebene leichter zu verwirklichen als auf Bundesebene. Nötig sind dabei nicht so sehr Formen des Entscheidens (direkte Demokratie), sondern Formen der Mitwirkung in der Frühphase von politischen Projekten.

Mithilfe des Internets sind vielfältige Möglichkeiten gegeben, politische Fragen unter Einbeziehung der Gesamtbevölkerung breit zu diskutieren.

Die Beteiligung der Bevölkerung kann nicht mehr allein auf dem Weg über die Parteien geschehen, denn diese werden an der Basis nicht mehr akzeptiert und verfügen auch nicht mehr über das Instrumentarium, um Bürgerbeteiligungen zu organisieren. Vielmehr müssen die verantwortlichen politischen Institutionen (Landesregierung oder Landtag)

6. Optionen zur Entwicklung des politischen Systems

die Bürgerbeteiligung jeweils anhand von konkreten Projekten ermöglichen.

Als Vorbild gilt nach wie vor die Schweiz – die Bürger wissen dort mehr über die Politik und sind aktiver beteiligt, auch wenn Prozesse oft länger dauern.

Wirtschaftsfreundliches Klima schaffen

Mangelndes wirtschaftliches Verständnis findet sich zum einen bei vielen politischen Entscheidungsträgern zum anderen aber auch in der Bevölkerung. Es wäre Aufgabe der Politik, durch Aufklärung und Information das Wissen und das Verständnis für die Wirtschaft in der Bevölkerung zu stärken.

- ▶ Unternehmer zu werden ist in Österreich unattraktiv: Auflagen, Vorschriften und bürokratische Hürden machen den Einstieg schwer; bereits erfolgreiche Unternehmen werden als Feindbilder dargestellt und zum Ziel von Umverteilungs-Phantasien
- ▶ Generell muss alles getan werden, um ein geistiges Klima zu schaffen, in dem Risikofreudigkeit und Leistungswillen gestärkt werden

7. Soziale Sicherheit und soziale Kohäsion

Der Zusammenhalt innerhalb der oberösterreichischen Gesellschaft wird in der Zukunft noch stärker davon abhängen, ob es gelingt, Gerechtigkeit zwischen den Generationen, aber auch innerhalb der einzelnen Generationen zu erzielen. Statt „*Alt gegen Jung*“ sollten „*voneinander Lernen und eine Begegnung auf Augenhöhe, abseits von Hierarchiedenken im Vordergrund stehen*“. Damit in Zusammenhang stehen Fragen nach der Absicherung der Pflege der Älteren, Chancen der Jungen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen oder Arbeiten bis 70. In den Unternehmen werden bedingt durch den demografischen Wandel bald mehrere Generationen miteinander arbeiten und da die Menschen künftig später in Pension gehen werden, müssen altersgerechte Arbeitsplätze entstehen. Ebenso wird unter Experten und Expertinnen bereits über die Abflachung der Gehaltskurve und Modelle für eine „*Lebensarbeitszeit neu*“ diskutiert. Damit wieder ein neuer Zusammenhalt unter den Generationen möglich wird, so eine Expertin, „*müssen mehr Anlässe geschaffen werden, um wieder Brücken zwischen den Generationen zu schlagen und so Verständnis und Vertrauen herzustellen.*“ Dazu bedarf es eines „*gemeinsamen Bekenntnisses zur Versachlichung von gesellschaftspolitischen Themen und mehr Transparenz*“.

Sicherer Arbeitsplatz

Eine Teilnehmerin der Arena Analyse weist darauf hin, dass die soziale Marktwirtschaft mitteleuropäischen Stils, die auch in Oberösterreich die Grundlage der gesellschaftlichen Stabilität bildet, insgesamt ein sehr fragiles Gebilde darstellt, das durch die bevorstehenden Umbrüche in Gefahr kommen könnte.

„Soziale Disharmonie: Die steile Gehaltskurve entspricht nicht der tatsächlichen Produktivität. Menschen verlieren Arbeit durch schlechte Wirtschaftslage, technologische Umbrüche in der Arbeitswelt. Die Zahl der zu Versorgenden (Arbeitslose, Frühpension) steigt, was drohende Unfinanzierbarkeit des sozialen Wohlfahrtsstaates mit sich bringt.“

Tatsächlich hat das Gespenst der Arbeitslosigkeit auch Oberösterreich eingeholt. Im Jänner 2015 betrug die Arbeitslosenquote 7,7 %, das war ein deutlicher Anstieg gegenüber der Quote von 7,3 % im Jänner 2014. Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen (unter 25) lag im Jänner bei 8,3 %. Es könnte noch schlimmer kommen, denn „*Automatisierung und Internetisierung greifen im Dienstleistungssektor um sich und beschleunigen exponentiell. Dadurch werden erneut Arbeitskräfte frei.*“ Zum Teil liegt die Jobmisere aber auch daran, meint ein Teilnehmer der Arena Analyse, dass die Arbeit ungleich verteilt ist, denn viele derer, die einen sicheren Vollzeitjob ausüben, arbeiten weit mehr als 40 Stunden pro

Woche. Ein Teil dieser Mehrarbeit bleibt unbezahlt und wird unter mehr oder weniger sanftem Zwang sozusagen freiwillig erledigt. *„Allein durch den Abbau der unbezahlten Überstunden könnten laut AK in Oberösterreich etwa 4400 neue Jobs geschaffen werden.“* Ein Teilnehmer plädiert daher für eine *„Modernisierung des Arbeitsrechts, das sozial ausgewogen sein sollte und die derzeitige Schräglage beseitigt.“* Mehr Flexibilität bringe auch *„Zufriedenheit und Arbeitsplatzsicherung, die Bereitschaft der Arbeitnehmer ist gegeben“.*

Doch die Veränderungen, denen die Arbeitswelt unterliegt, sind vielfältig und lassen sich nicht auf einige wenige Aspekte verkürzen. Allein schon die Vielzahl der Stichworte, die in diesem Zusammenhang diskutiert werden, zeigt die Komplexität von Vorgängen, die in ihrer Auswirkung die soziale Kohäsion bedrohen: Arbeitszeitverkürzung, Flexibilisierung, Überstundenbegrenzung, zunehmende Teilzeitarbeit, Prekariat; aber auch Bildungszeit, Sabbatical, Erholungszeiten.

All diese Themen kreisen um ein Problem, bei dem im Grunde drei gleichzeitig auftretende Phänomene einander wechselseitig verstärken und vor allem die Lösung erschweren: Zum ersten schwindende Sicherheit, was Arbeitsplätze und Einkommenschancen betrifft. Zum zweiten wird die Belastung durch die gewohnte Berufstätigkeit auch bei denen größer, die einen halbwegs sicheren Job ausüben. Drittens wird es auf Seiten der Arbeitgeber immer schwieriger, Mitarbeiter zu den von den Kollektivverträgen definierten Bedingungen zu beschäftigen, weil die Wettbewerbsfähigkeit mehr Flexibilität und niedrigere Kosten erfordert.

Die Rahmenbedingungen, durch die Erwerbstätigkeit geregelt ist, nehmen deshalb eine zentrale Rolle bei der Gestaltung von sozialer Kohäsion ein, betonen die Experten der Arena Analyse: *„Es geht um viel: um Lebensqualität, Gesundheit, Einkommen, Arbeitsorganisation, Schonung der Leistungsfähigkeit bis ins höhere Alter etc. Und es geht auch darum, ob soziale Benachteiligung verhindert wird – indem sozial gefährdete Gruppen auch die Chance auf Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten: etwa Jugendliche, die ohne Arbeitsmarkt-Integration auf andere Verhaltensweisen ausweichen müssen wie Schwarzarbeit, Illegalität, bis hin zu Kriminalität, genereller Arbeitsverweigerung – sie werden als Sozialschmarotzer abgestempelte Randgesellschaften.“* Dies sei nicht mit verstärkten Zumutbarkeitsbestimmungen oder Kürzungen von Sozialleistungen (*„Stichwort: Treffergenauigkeit“*) zu bekämpfen, *„sondern bedarf zuallererst der Umverteilung von Zeit, um eine Integration in den Arbeitsmarkt überhaupt zu ermöglichen.“*

Trotzdem bleibt unbestritten, dass in der Arbeitswelt von morgen mehr Flexibilität verlangt werden wird. Diese Forderung kommt keineswegs einseitig von den Arbeitgebern. Auch die Bedürfnisse junger Familien, vor allem von Frauen mit kleinen Kindern, kommen in der bestehenden starren

Struktur zu kurz. Nötig wären deshalb *„Teilzeitarbeitsplätze für Jungfamilien, auch für höherwertige ‚Karrierejobs‘. Das ist derzeit ein Stigma.“*

Ein anderer Experte fordert eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit, ausgehend von einer *„Restrukturierung des Arbeitsmarkts nach Produktivitätsschlüsseln; Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche“*. Österreichweit nötig ist ein *„garantierter allgemeiner Mindestlohn, der deutlich über der Armutsschwelle liegt (Stichwort: „Leistung muss sich wieder lohnen“).“*

Die Probleme, die mit dem demografischen Wandel einhergehen, könnten nur überbetrieblich gelöst werden, betont ein Teilnehmer der Arena Analyse, *„etwa über entsprechende Regeln, an die sich Unternehmen generell halten müssen – Stichwort Bonus-Malus-System! Bisher setzt man einseitig auf die Anhebung des Pensionsantrittsalters und lastet damit das Risiko des demografischen Wandels (Arbeitsverlust bei steigendem Alter, Einkommensverlust) den ArbeitnehmerInnen auf.“*

Zunehmende Bedeutung werden in einer alternden Gesellschaft die sozialen Berufe erhalten und zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor werden. Eine Teilnehmerin plädiert daher dafür eine Aufwertung der Pflegeberufe: *„Mehr Ansehen, ein besseres Image und höhere Gehälter.“*

Nicht zuletzt sollte bei der Betrachtung der Arbeitswelt bedacht werden, dass die Menschen nicht nur wegen des Geldes ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen. *„Erwerbsarbeit ist für die Teilnahme der Menschen am gesellschaftlichen Leben von zentraler Bedeutung. Arbeit muss – neben elementaren Bedürfnissen wie Einkommen – aber auch eine gewisse Sinnstiftung erzeugen“*. Das hänge von der Tätigkeit selbst ab, ob sie als bewältigbar, herausfordernd erlebt wird, das Bedürfnis nach Kreativität befriedigt, das Gefühl gibt, „nützliche Arbeit“ geleistet zu haben. *„Das Grundbedürfnis, das hier berührt wird, ist der Wunsch nach Würde: wird die Arbeit anerkannt, erfährt man Anerkennung und soziale Kontakte in der Arbeitsumgebung, bestehen Möglichkeiten der Mitbestimmung und Autonomie.“* Oder wie es ein Experte formuliert: *„Geht es der Wirtschaft gut, geht es den Menschen gut‘ gilt auch umgekehrt, ‚geht es den Menschen gut, geht es der Wirtschaft gut“, weil die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, „mehr Leistungsbereitschaft zeigen“*.

Leistungsbereitschaft, Lernbereitschaft, Leistungsstreben, Mobilität, Motivation wird von den Jungen hingegen kritisch betrachtet. *„Geetzter Alltag, Burnout-Szenarien, gestresste Unternehmereltern führen zu weniger Begeisterung“*. Zudem ist sozialer Aufstieg als Lohn für Anstrengung und Fleiß im Beruf für die jüngere Generation nicht mehr garantiert.

Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer üben allerdings Kritik an der ihrer Ansicht nach mangelnden Eigenverantwortung und dem fehlendem

Leistungswillen. *„Es muss zu einem Umdenken der Bevölkerung in Richtung Leistungsprinzip kommen, der Sozialstaat darf Leistungsbereitschaft nicht ersticken, das heißt, Leistungswillige nicht demotivieren, es braucht mehr Treffsicherheit als ein soziales Vollkasko-System.“* Eine Teilnehmerin sieht in diesem Zusammenhang die Familien gefordert: *„Die Vermittlung von Werten (Respekt, Hilfsbereitschaft, Leistungswille, etc.) fehlt teilweise schon, Eltern geben sie Kindern nicht oder unzureichend weiter, ein Teufelskreis und eine Spirale nach unten.“*

Zivilgesellschaftliches Engagement

In einer Gesellschaft, die zunehmend pluralistisch wird, steigt die Bedeutung von und der Wunsch nach zivilgesellschaftlichem Engagement. So wurde in einem Beitrag auch im gesellschaftspolitischen Zusammenhang mehr Dezentralisierung gefordert: *„Es muss mehr Verantwortung nach unten wandern, weg von der Mentalität: wir machen da oben ohnedies für euch alles optimal.“*

Diese Forderung wurde von einer Teilnehmerin auch mit einem Beispiel aus dem Alltag junger Familien untermauert: *„Es muss möglich sein, dass sich junge Eltern in einer Ortschaft zum Betrieb einer Kinder-Tagesstätte zusammenschließen und diese wieder auflösen können, wenn die Kinder ins Schulalter kommen. Dazu müssten die strikten Zulassungsbedingungen gelockert werden. Wie zum Beispiel Mini-WCs für Kinder. Das haben Kinder in der eigenen Familie auch nicht. Familie und Beruf vereinbaren zu können, wird zur Überlebensfrage für die ländlichen Regionen des Landes.“*

Doch auch von den „jungen Alten“ wird soziales Engagement eingefordert. Während ältere Menschen oft das Gefühl haben, nicht mehr gebraucht zu werden, finden Familien mit Kindern häufig keinen Kinderbetreuungsplatz. *„Um diese langfristig unbefriedigende und fast unfinanzierbare Situation zu entschärfen, sollten eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen werden, um das Zusammenleben von Älteren und Jüngeren zu fördern“,* findet ein Teilnehmer. Auch konkrete Vorschläge wurden genannt:

„Wohnbauförderung auf Großfamilien konzentrieren, wo Ältere Kinderbetreuung und Jüngere Altenbetreuung übernehmen können, Zusatzeinkommen für Senioren, die entweder bei Seniorenbetreuung oder bei Kinderbetreuung verpflichtend Aufgaben übernehmen“. Andernfalls werden „die Aufwendungen des Landes für Seniorenheime und Kinderbetreuungseinrichtungen weiter steigen“.

Konfliktpotenziale zwischen Bevölkerungsgruppen

Die absehbaren Konflikte durch demografische Entwicklungen *„betreffen vor allem Verteilungsfragen, nämlich zwischen Jung und Alt, Inländern und Ausländern. Sie haben auch eine regionale Dimension, im einfachsten Fall*

Stadt versus Land“. Sie sind damit Fragen, von denen der Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt entscheidend beeinflusst wird. *„Die Szenarien der Bevölkerungsentwicklung werden in der Bevölkerungsprognose beschrieben. Die durch diese Zahlen möglicherweise verursachten sozialen Konflikte werden aber nicht untersucht. So kann man je nach den jeweiligen Vorurteilen positive Szenaren (z.B. einer multikulturellen Gesellschaft) und negative (mit großen sozialen Spannungen) entwickeln. Die realistischen Szenarien liegen wohl dazwischen.“* Ein Teilnehmer etwa sieht *„Bildungsunwilligkeit bei Zuwanderern als einen großen Sprengstoff“*.

Ein anderer Experte merkt an, dass *„der Wohnungsbestand in Oberösterreich in Zukunft stärker an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst werden muss. Die Zahl vorhandener altersgerechter Wohnungen reicht nicht aus, um den Bedarf zu decken.“* Auch in der Raumordnungsplanung müsse auf künftige (demographische) Entwicklungen bereits jetzt reagiert werden, betont ein Experte: *„Warum gibt es kein Pilotprojekt, im Zuge dessen versucht wird, dass drei Generationen in einer Straße wohnen? Oder wie sich ältere Mitbürger über ehrenamtliches Engagement einbringen können?“*

Hilfe brauchen umgekehrt aber auch alleinerziehende Mütter: *„AlleinerzieherInnen geraten ohne ganztägige und –jährige Kinderbetreuung oft in finanzielle Bedrängnis.“*

Ein Alarmsignal sollte in den Augen eines der Experten auch die starke Zunahme an Problemen bei Jugendlichen sein. *„Wir brauchen eine verbesserte Prävention im Jugendbereich“*, lautet die Forderung, die sich auf eine Reihe von beunruhigenden Beobachtungen stützt: *„Die Kosten für Jugendhilfe explodieren! Psychologische, neurologische, Drogenhilfe, Hilfe bei Verwahrlosung und Verwilderung von Jugendlichen und Kindern haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Das sind gesellschaftspolitische Zeitbomben. Wir müssen in diesen Bereichen vom Reparieren zum Vorbeugen kommen. Prävention im Jugendbereich macht sich zehn Mal bezahlt, wenn man bedenkt, dass die Steuerzahler einen Menschen, der früh aus der Bahn fällt, bis ins hohe Alter alimentieren müssen.“*

Die Verwerfungen, die die Bevölkerungsentwicklung in der Gesellschaft hervorrufen werden, stellen Junge wie Alte künftig vor große Herausforderungen, besonders auf dem Arbeitsmarkt. Von heute: *„Ich gehe sobald als möglich in Pension“ auf künftig „ich kann mir in-Pension-gehen nicht leisten“*. *Gepaart mit unseren Arbeitsgesetzen sehe ich enorme Herausforderungen für die Jugend und die neu ins Erwerbsleben eintretenden.“*

8. Optionen zur Verbesserung der sozialen Sicherheit und sozialen Kohäsion

Politischer Diskurs

Soziale Fairness hat einen hohen Stellenwert in der Bevölkerung. Dort herrscht allerdings zunehmend der Eindruck, dass die Gesellschaft (in Österreich insgesamt, aber auch konkret in Oberösterreich) immer ungerechter wird. Benachteiligte oder umgekehrt privilegierte Gruppen rücken immer öfter in den Blick, es gibt spezifische Zonen der Ungleichheit (etwa zwischen geschütztem und ungeschütztem Sektor auf dem Arbeitsmarkt) und nicht zuletzt die Sorge, dass soziale Konflikte eskalieren könnten. Die Politik sollte in dieser Situation aktiv den öffentlichen Diskurs zum Thema soziale Kohäsion führen und möglichst große Gruppen der Gesellschaft einbeziehen.

Die Ziele:

- ▶ mehr soziale Gerechtigkeit zwischen Alt und Jung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den Berufsgruppen (Bauern, Beamte, etc.), Leistungsträgern und Leistungsempfängern
- ▶ Gemeinsames Bekenntnis zur Versachlichung von gesellschaftspolitischen Themen anstreben, wir müssen transparenter werden
- ▶ Wir dürfen keine Kinder zurücklassen, wir brauchen periodische Vernetzungen, Runde Tische der Beteiligten
- ▶ Anerkennen und Respektieren aller Formen und Varianten der Familienstruktur und Kinderbetreuung

Rechtliche Rahmenbedingungen: Arbeitsrecht, Pensionsrecht

- ▶ Modernisierung des Arbeitsrechts mit dem Ziel, größere Flexibilität zu schaffen. Die Flexibilität muss aber sozial ausgewogen sein, also den Arbeitnehmern mehr Freiheit bei den täglichen Arbeitszeiten bringen und zugleich den Arbeitgebern die Möglichkeit zum Abfedern von Auslastungs-Schwankungen
- ▶ Teilzeit-Arbeitsplätze für qualifizierte Jobs schaffen, damit junge Familien nicht auf Karriere verzichten müssen.
- ▶ Späterer Pensionsantritt soll sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Betriebe erstrebenswert gemacht werden: neue Arbeitszeitmodelle, neue Gehaltsmodelle, Weiterbildungsangebote für ältere Menschen, gezieltes Schaffen von Berufen für ältere Menschen

Einstellung zur Arbeit, Wertschätzung für Leistung

- ▶ Eigenverantwortung und Leistungswillen sollen gefördert werden. Dazu ist es notwendig, in den konkreten Arbeitssituationen Kreativität und Mitsprache zu fördern. Arbeit muss als sinnstiftend erlebt werden.

- ▶ Vermittlung von Werten und Weitergabe an die nächste Generation muss zu einer gesellschaftlichen Aufgabe werden. Primär ist das Elternhaus gefragt, doch müssen die Bildungsinstitutionen sowie die Opinion Leader mithelfen, den Stellenwert von Werten wie Respekt, Hilfsbereitschaft, Leistungswillen zu stärken.
- ▶ Ehrenamtliche Tätigkeiten fördern, propagieren und stärken: Ehrenamtliche Tätigkeit bringt soziale Einbindung, vermittelt social skills und unterstützt die Eingliederung in die Gesellschaft.

Soziales Netz anpassen und sichern

- ▶ Missbrauch von Sozialleistungen bekämpfen; Treffsicherheit sozialer Absicherung erhöhen und regelmäßig hinterfragen
- ▶ Sozialstaat darf Leistungsbereitschaft nicht ersticken, indem Abgabenhöhe die Leistungswilligen demotiviert dürfen nicht d.h. Leistungswillige nicht demotivieren (Abgaben auf Leistungen! Leistung muss sich lohnen)
- ▶ Pflegeberufe aufwerten, sowohl im Image, als auch bei den typischen Gehältern
- ▶ Sozialbereich muss auch als wichtiger Wirtschaftsfaktor begriffen werden – vor allem Gesundheit und Altenpflege sind Wachstums-Sektoren

Zusammenhalt von Alt und Jung stärken

- ▶ Schulabbrecher systematisch auffangen
- ▶ Subventionierte Arbeitsplätze für bildungsschwache Jugendliche sind sinnvoller als lebenslange Sozialbetreuung.
- ▶ Jugendhilfe muss stärker in die Prävention investieren, sonst explodieren die Reparaturkosten (für Drogentherapien, psychosoziale Betreuung, etc.).
- ▶ Nutzen der Kompetenz der älteren Menschen in allen Bereichen: Unternehmen, Bildungssystem, Betreuung von Kindern und Schülern

9. Innovation und langfristige Visionen

Wenn Oberösterreich international wirtschaftlich mithalten will, darüber sind sich die Expertinnen und Experten einig, *„benötigen wir eindeutig mehr Innovation.“* Innovationen lassen sich zwar nicht politisch verordnen, es ist aber sehr wohl möglich, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Zu ihnen zählt ein offenes geistiges Klima ebenso wie ausreichende finanzielle Ressourcen.

Neben der nötigen Infrastruktur für wissenschaftliche oder angewandte Forschung braucht eine für Innovation aufgeschlossene Region auch Forscherpersönlichkeiten, also Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bereit sind, etabliertes Wissen in Frage zu stellen. Nötig für erfolgreiche Forschungstätigkeit sind nicht nur Phantasie und Geduld beim Tüfteln an neuen Lösungen, sondern auch eine Haltung, die sich durch Rückschläge nicht entmutigen lässt. *„Innovation setzt eine erlaubte Fehlerkultur voraus. Diese ist in unserer DNA nicht verankert. Eine strukturierte Geistesveränderung ist nötig – sie muss bei den Kindergartenpädagogen ansetzen und bis in den universitären Bereich reichen, Politik und die Gesetzgebung eingeschlossen. Solange bei uns ein Geschäftsmann, der mit einem Start Up eine Bauchlandung gemacht hat, von der Gesellschaft und dem Gesetz geächtet wird, können wir mit Silicon Valley & Co nicht mithalten.“* Das Bildungsziel in diesem Sinn muss also lauten, dass *„Querdenken und In-Frage-Stellen einen höheren Stellenwert erhalten“.*

Wirtschaftszweige der Zukunft

Die rasanten technologischen Umbrüche legen die Vermutung nahe, dass es möglicherweise Wirtschaftszweige, die heute erfolgreich sind, in 10 oder 15 Jahren nicht mehr geben wird, wogegen heute noch als unbedeutend übersehene Produkte und Tätigkeiten an Bedeutung gewinnen. Manche der zukünftigen Industrie-Schwerpunkte zeichnen sich bereits ab. So bezeichnet ein Experte *„Energiedienstleistungen, Elektromobilität, Flexibilitätsmanagement und Smart-Applikationen“* als Wachstumsfelder der Zukunft. *„Dabei kommt es zu einer Konvergenz unterschiedlicher Branchen: Computertechnik und Telekommunikation, Industrie, Energieversorgung.“*

Die technologische Revolution muss nicht zwangsläufig bedeuten, dass traditionelle Industriebranchen schrumpfen. Sie werden vielmehr vor die Herausforderung gestellt, sich unter veränderten Rahmenbedingungen neu zu erfinden. So gehen manche Szenarien davon aus, dass die E-Mobilität die Autoindustrie von Grund auf verändert. Technologisch führende Zulieferer können trotzdem in ihrer Nische an der Spitze bleiben, wenn sie durch entsprechende Innovationen die Veränderungen mitmachen und womöglich sogar vorantreiben: *„Oberösterreich kann sich als Industrie-*

standort weiterentwickeln und in einigen Themen/Nischen der ‚place to be‘ werden – Absicherung durch Spezialisierung.“

Die Zukunft der oberösterreichischen Wirtschaft könnte aber auch in neuen Märkten liegen: *„Der süddeutsche Raum stellt sich für OÖ als höchst attraktiv dar, doch sollte darüber hinaus nicht vergessen werden, dass andere Weltregionen in Zukunft wohl ein höheres Wachstum aufweisen werden.“*

Neue Industrien mit neuen Produkten brauchen auch neue, anders qualifizierte Mitarbeiter. Schon jetzt sollten deshalb die Bildungsinstitutionen *„nachhaltige, zukunftsorientierte Lehrberufe entwickeln. Die virtuelle Welt wird rasant weiterwachsen – welche Lehrberufe kann man um die virtuelle Welt schaffen?“*

Land der Erfinder

Oberösterreich steht mit seiner Forschungsförderung an der Spitze aller österreichischen Bundesländer. Schon 2012 hielt der Bundesrechnungshof in einem Bericht fest, dass Oberösterreich nicht nur eine vom Landtag beschlossene Forschungsstrategie besitzt, die unter Einbeziehung der wichtigsten Stakeholder im Forschungsbereich erarbeitet wurde, sondern dass überdies regelmäßige Evaluierungen zwingend vorgeschrieben sind: *„Das Land Oberösterreich sah in seiner Forschungsstrategie eine verpflichtende, periodische (jeweils vor Ablauf der grundsätzlich auf fünf Jahre begrenzten Forschungsstrategie) und externe Evaluierung der Forschungsstrategie vor. Dies stellte eine Best-Practice dar.“*

Die Strukturen für verstärktes Engagement in Forschung und Entwicklung sind somit vorhanden und liefern die Grundlage für eine der wichtigsten Forderungen fast aller Arena-Analyse-Teilnehmer, wonach nämlich Oberösterreich *„verstärkt in Forschung und Entwicklung investieren“* muss, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Den politischen Entscheidungsträgern kommt dabei die Aufgabe zu, die schwierige Balance zwischen Breite und Fokussierung zu meistern. Von den Teilnehmern der Arena Analyse wurden zu diesem Punkt zwei Positionen formuliert die zueinander im Widerspruch stehen, wobei die Streitfrage nicht entschieden wurde und daher im Diskurs mit den Stakeholdern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Bildungswesen vertieft diskutiert werden sollte.

- ▶ Position 1 lautet: Eine erfolgreiche Wissenschafts- und Forschungslandschaft muss breit und offen sein. „Resilienz bedeutet Vielfalt statt Einfalt“, meint eine Expertin und leitet daraus die Forderung für eine „breit aufgestellte offene Wirtschafts- und Forschungslandschaft als Nährboden für Innovation“ ab. Nötig seien Strukturen, die „offene Kommunikation ermöglichen und open innovation-Prozesse unterstützen“. Die Politik soll eine möglichst große Vielfalt an Forschung

ermöglichen, andernfalls würden zu viele Möglichkeiten a priori ausgeschlossen.

- Position 2 besagt im Gegenteil: Fokussierung und Intensivierung sind die Erfolgsfaktoren. Ein Land wie Oberösterreich könne nicht in allen Bereichen auf internationalem Niveau mitspielen. Es wäre daher klüger, sich auf einzelne Nischen zu konzentrieren, dort aber zur Spitze zu gehören: „Gut zu sein reicht nicht auf Dauer. In einigen wenigen Feldern muss man am Ende zu den Besten gehören.“

Der aktiven Forschungspolitik durch die Landesregierung steht eine merkwürdige Distanziertheit auf Seiten der Bevölkerung gegenüber. Mehrere Experten haben beobachtet, dass in Oberösterreich *„eine kritische Sicht auf Forschung und Wissenschaft herrscht. Das hemmt die Entwicklung“* und hält junge Menschen ab, für sich eine Karriere als forschende Wissenschaftler zu erträumen. Die *„angewandte Forschung und Entwicklung haben einen bedenklich niedrigen Stellenwert. Heimische Unternehmen verlieren dadurch stetig an Wert im Technologiewettbewerb.“*

Die latente Forschungsfeindlichkeit traf in Oberösterreich auf eine erfolgreiche Zulieferindustrie, deren Anforderungen stets darin bestanden hat, zwar technologisch hochwertige oder sogar überlegene Lösungen zu liefern, deren Innovationspotenzial aber immer im Rahmen bleiben musste. Die Folge: *„Oberösterreichs Industrie ist stark bei inkrementellen Innovationen, aber schwach bei radikalen/disruptiven Innovationen.“*

So sehr die Wirtschaft in Oberösterreich – getrieben durch die technologische Entwicklung in ihren jeweiligen Marktnischen – als forschungsfreudig eingestuft werden kann, so sehr orten die Arena-Analyse-Experten Schwachstellen im universitären Bereich: *„Wir haben eine relativ geringe Anzahl an tertiären Ausbildungsplätzen und Akademikern: OÖ ist der größte Nettoverlierer und Lieferant von Studenten an die Universitäten in Wien und Graz.“*

Oberösterreich morgen

Wie soll Oberösterreich in 20 oder 30 Jahren aussehen? Welche Visionen seiner langfristigen Zukunft wurden bereits entwickelt oder werden diskutiert? Diese weit in die Zukunft greifende und bewusst stark an die Phantasie appellierende Frage ist für die Einschätzung der Resilienz der Region wichtig, denn nur eine Region, in der es kühne Vorstellungen über künftige Ziele gibt, kann als widerstandsfähig gegen Rückschläge eingestuft werden. Zur Zukunftsfähigkeit gehört auch ein Zukunftswille.

Eine der Visionen für das Bundesland lautet: *„Oberösterreich soll zum Land werden, das am effizientesten, bürgernahsten, modernsten, sparsamsten ist und sozial verwaltet wird.“*

Eine andere Idee: *„OÖ wird zum Logistik-Musterland Österreichs! Das wäre ein tolles Ziel!“* Diese Vision lässt sich noch durch konkrete Details

plastisch ausschmücken: *„Im Donauhafen Enns entsteht ja bereits gemeinsam mit der Deutschen Bahn die größte Container Logistik-Drehscheibe Österreichs, das Investment macht in fünf Jahren rund 100 Millionen Euro aus. Die Vision: Tägliche Verkehre nach Hamburg, Rotterdam, zum Hafen Koper an der Adria und auf der Donau nach Konstanz am Schwarzen Meer. Dort liegen dann Georgien, Kasachstan, die Türkei vor der Tür.“*

Weitere Visionen aus den Beiträgen der Arena Analyse:

„Mein sehr persönlicher Traum: Linz wird grüner, der private Autoverkehr verschwindet fast völlig, die Menschen bewegen sich in Bussen oder auf Fahrrädern. Transporter liefern Dinge (kostenlos). Straßen werden dadurch verkleinert und Parkflächen werden aufgelöst – diese Fläche werden mit Gemeinschaftsgärten begrünt.“

„Hohe Leistungsfähigkeit bei möglichst guter Ökobilanz.“

„Eine neue Form des Wohnens, ein Versuch drei Generationen zumindest in einer Straße wieder anzusiedeln.“

„Gelebte lokale Ökonomie und Ökologie.“

Lohnenswert wäre es auch, ein Land zu schaffen, in dem Kultur und intellektuelles Leben eine größere Rolle spielen: *„Wünschenswert wäre ein größeres zivilgesellschaftliches Engagement für Bildung und Kultur, das auch große Chancen für Unternehmen bieten könnte. Weil alle unter wirtschaftlichem Überlebensdruck stehen. Auch die Medien und die Politik haben keinen intellektuellen Freiraum mehr und können den Dingen nur noch nachhecheln.“*

Was dem Land ob der Enns gut tut, meint ein Experte, ist jedenfalls der scharfe Wind des Wettbewerbs, nämlich ein *„Wettbewerb der Regionen Österreichs und Europas. Europa ist durch Jahrhunderte durch die immer sich konkurrierenden Regionen, Länder, Fürstentümer stärker, besser, wettbewerbsfähiger, zukunftssicherer – resilienter geworden. Ein Land wollte besser sein als das andere! Das Ergebnis war immer bessere Qualität.“*

10. Optionen zur Steigerung der Innovationsfähigkeit

Aufbau einer Innovationskultur

Das geistige Klima in Oberösterreich ist nicht ausreichend innovationsfreudig. Dieser Mangel lässt sich nur längerfristig beheben und erfordert Veränderungen im Bildungssystem. Dort sollten verstärkt Werte vermittelt werden, die derzeit keine hohe Priorität besitzen: Allen voran eine Geisteshaltung des Querdenkens und In-Frage-Stellens – derzeit belohnt das Bildungssystem im Gegenteil die perfekte, fehlerlose Aneignung des vorhandenen Wissens. Zweitens erfordert Innovation das Entwickeln einer Fehlerkultur: Kreatives Abweichen und der Mut zum Irrtum müssen einen höheren Stellenwert erhalten. Die Gesellschaft insgesamt muss lernen, Scheitern als wertvollen Zwischenschritt zu künftigen Erfolgen zu begreifen.

Neue Lehrberufe entwickeln

Die Wirtschaft wandelt sich rasch und radikal, getrieben vor allem durch weitere Digitalisierung und Automatisierung. Derzeit ist lediglich klar, dass durch diese Entwicklung viele traditionelle Berufe verschwinden und dafür andere, ganz neue entstehen werden. Welche Berufe das jeweils sein werden, ist hingegen noch nicht klar ersichtlich.

Für die Berufsausbildung stellt sich somit die Herausforderung, vorausschauend neue Berufsbilder und Qualifikationen zu entwickeln, um nicht den Veränderungen mit jahrelanger Verspätung hinterherzuhinken.

Eine Task Force aus Vertretern der Wirtschaft und der Berufsbildung sollte sich systematisch um die Entwicklung neuer Lehrberufe sowie die Anpassung der bestehenden Lehrberufe an die veränderten Anforderungen kümmern.

Forschungsstrategie

Oberösterreich verfügt über eine Forschungsstrategie, überdies gilt der Prozess, wie diese Strategie erarbeitet und alle fünf Jahre evaluiert wird, aus der Sicht des Rechnungshofs als „best practice“. Im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Strategie sollte allerdings die Frage vertieft diskutiert werden, in welchem Ausmaß die Forschung im Land entweder breiter oder aber im Gegenteil stärker fokussiert aufgestellt werden muss.

Ziel sollte es überdies sein, große Forschungsinstitutionen für Oberösterreich zu gewinnen (Fraunhofer-Institut, Doppler-Institut, NASA), entweder mit Standorten oder für Kooperationen.

11. Geistiges Klima: Heimat, Internationalität und Kulturleben

Die Stärken erkennen

Weltoffenheit setzt immer auch voraus, dass der Blick in die Welt von einer festen Basis aus gerichtet wird. Deshalb ist es ein Zeichen für die Resilienz eines Standorts, wenn die Bewohner sich mit ihrer Heimat identifizieren und bei aller kritischen Distanz zu ihrem Land stehen und dessen eigene Stärken erkennen. Teilnehmer der Arena Analyse zählen zum Beispiel die „Überschaubarkeit“ zu den Vorzügen Oberösterreichs: *„Die Kleinheit ermöglicht eine starke Vernetzung. Das haben andere Länder in dieser professionellen Form nicht. Die Kommunikation läuft offen, direkt und auf kurzem Weg, das sind soft facts, die man nicht unterschätzen sollte.“*

Auch kritische Geister wissen es zu schätzen, dass Oberösterreich ein Kulturland ist, in dessen Einrichtungen in den letzten Jahren viel investiert wurde: *„Wir haben tolle Einrichtungen – Ars Electronica Center, Brucknerhaus, Museum Lentos, Nordico, Schlossmuseum, Landesgalerie, Ursulinenhof und OK Kulturzentrum, dazu mehrere Bühnen. Was uns aber leider fehlt, ist eine aktive, pulsierende Szene. Offenbar bietet Linz nicht die Atmosphäre die junge Menschen, Studenten und Künstler anzieht.“*

Doch anderen Teilnehmern fehlt auch noch ein *„Bekenntnis seitens der Politik und der Wirtschaft zu anspruchsvoller Kultur“*. *„Man hört immer, Oberösterreich sei ja so ein reiches Bundesland. Aber es fehlt häufig das Verständnis dafür, dass man nicht nur Sport-Events sponsern sollte.“*

Wichtige Faktoren des geistigen Klimas sind die Medien. Auch hier fällt der Befund gemischt aus: Oberösterreich hat mehrere qualitativ herzeigbare Regionalmedien. Wie überall leidet aber auch hier die Medienlandschaft an einer intellektuellen Auszehrung. *„Verflachung der Berichterstattung und Desinteresse an öffentlichen Diskursen sind die Folgen des dauernden oberflächlichen Geplänkels in sozialen Medien. Diese Art von Schein-Diskurs führt in Wahrheit dazu, dass Menschen in ihren Meinungen und Interessen bestätigt werden, aber den Sinn für das allgemeine, gesellschaftliche verlieren.“*

Ein Experte der Arena Analyse hält den *„Wohlfühlfaktor“* für ein wesentliches Element bei der Beurteilung der Qualität eines Wirtschaftsstandorts. Abseits aller objektiven Faktoren ist es wichtig, ein Umfeld zu bieten, in dem es vielfältige Möglichkeiten gibt, Zeit angenehm zu verbringen: *„Wo kann ich meine Freizeit verbringen, welche kulturellen und gastronomischen Angebote gibt es?“*

Über die Grenzen denken

Oberösterreich ist ein global ausgerichteter Wirtschaftsstandort mit exportstarken Unternehmen. Dennoch, so der Befund eines Experten, *„hängt die geistige Öffnung hinten nach“*. Viele seiner Landsleute hätten die oberösterreichische Landeshymne zu sehr verinnerlicht, in der es an einer Stelle heißt: *„Dahoam is dahoam, wannst net fort muaßt, so bleib“*. Eine damit häufig einhergehende *„Schrebergartenmentalität“* wurde von mehreren Teilnehmern und Teilnehmerinnen konstatiert. Dennoch gilt: *„Diejenigen, die doch ins Ausland gehen, sind erfolgreich. Oberösterreicher kann man an jedem Ort der Welt aussetzen und sie werden sich zurecht finden“*. Die Befürchtung, dass ein zunehmender Brain Drain künftig den Wirtschaftsstandort schwächen könnte, wollte ein Experte nicht teilen: *„Wenn beispielsweise der Forschungschef von Audi ein Oberösterreicher ist, dann hilft das dem Standort tausend Mal mehr, als wäre dieser in Oberösterreich geblieben“*.

Darüber, wie der Standort Oberösterreich für Expats und deren Familien zusätzlich an Attraktivität gewinnen kann, haben sich auch einige Teilnehmer Gedanken gemacht. Was fehlt, so die einhellige Meinung, sind internationale Schulen in Linz. Und nicht nur dort, wie eine Expertin betont: *„Englischsprachige Schulen und Kindergärten sollte es auch in anderen Städten geben und nicht nur in Linz“*.

Für den Universitätsstandort Linz sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ebenfalls noch Luft nach oben. Die Landeshauptstadt hat mittlerweile zwar deutlich an kultureller Attraktivität zugelegt, doch *„wir haben keine pulsierende Szene, keine Atmosphäre die junge Menschen, Studenten, Künstler anzieht“*. Vielleicht bekomme man deshalb auf die Frage, warum so wenige zum Studieren nach Linz gingen, noch immer häufig zur Antwort: *„Weil Linz keine coole Stadt ist“*, wie ein Befragungsteilnehmer schildert. Was zur Folge hat, dass *„die Johannes Kepler-Universität im österreichweiten Vergleich den geringsten Anteil an Studenten hat, die nicht aus dem Bundesland kommen.“*

Mehr Internationalität wünschen sich einige Teilnehmer auch für die Verwaltung und dies beschränkt sich nicht nur auf die Forderung nach englischsprachigen Formularen: *„Die Verwaltung sollte genauso international werden wie die oberösterreichischen Unternehmen“*. *„Im Dienstrecht sollte die Möglichkeit von Verwaltungspraktika im Ausland verankert werden“*, fordert ein Experte. *„Das Durchbrechen alter Denkmuster und der Erfahrungsschatz, die damit einhergehen, sollten gefördert werden.“*

Die Vernetzung mit dem Nachbarland Tschechien ist noch immer eine der Schwachstellen in der Wirtschaftsstruktur. Während mit dem ebenso benachbarten Bayern, konkret dem Raum Passau, vielfältige enge Wirtschaftsbeziehungen geknüpft wurden, ist die Tschechische Republik

auch 25 Jahre nach dem Verschwinden des Eisernen Vorhangs ein ferner Nachbar. Ein Experte der Arena Analyse kritisiert deshalb: *„Linz ist genauso 100 Kilometer von Budweis entfernt wie von Salzburg. Man muss viel mehr das Gemeinsame heraus streichen, aber da steht dann gleich wieder das Temelin-Problem im Weg.“*

Ein weiterer Teilnehmer formuliert seine Kritik an der distanzierten Beziehung zum Nachbarn Tschechien noch schärfer: *„Oberösterreich hat alles falsch gemacht, was man nur falsch machen kann.“* Auch Kritiker der tschechischen Atompolitik sollten einsehen: *„Mit dem Nachbarn sind wir stärker, wir müssen die Grenzregionen noch besser nutzen.“* Einen möglichen Weg zu einer Annäherung mit dem nördlichen Nachbarn sehen die Expertinnen und Experten in intensiven Austauschprogrammen *„zwischen den Schulen, den Universitäten und den Fachhochschulen“*, wie das Bioinformatik-Studium, das die Johannes Kepler-Universität gemeinsam mit der Uni Budweis seit einigen Jahren anbietet.

Dass Oberösterreich als Wirtschaftsraum in Zukunft *„nicht mehr alleine agieren wird können“*, streicht ein Teilnehmer heraus. Das Land *„sollte sich nach außen öffnen in Richtung Steiermark, Bayern und Tschechien. Gerade, was die Tschechische Republik betrifft, nutzen die Niederösterreicher die Nachbarschaft viel besser als OÖ, wo es wegen Temelin noch immer eine Barriere gibt.“*

Insgesamt halten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer *„stärkeres internationales Denken und Handeln“* für einen wichtigen Zukunftsfaktor. *„Geschlossene Grenzen haben nicht die versprochene Sicherheit gebracht, sie haben vielmehr verunsichert. Es braucht mehr Offenheit in der Berichterstattung über internationale Themen.“* Mentale Barrieren müssten dem Europa-Gedanken weichen, wie ein Experte betont, und am besten könne das gelingen, *„wenn bereits von Kindheit an ein Gefühl dafür entwickelt wird.“*

12. Optionen zur Weiterentwicklung des geistigen Klimas

Offenheit und Internationalität als dauernde Aufgabe

Oberösterreich braucht als global ausgerichteter Wirtschaftsstandort auch ein Klima der geistigen Offenheit. Diese Haltung muss von den wirtschaftlichen und intellektuellen Eliten vorgelebt, aber auch von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert und für ihre eigene Lebenswelt adaptiert werden. In diesem Sinne ist die Arbeit am geistigen Klima eine Daueraufgabe, die nie als erledigt betrachtet werden kann.

Möglichkeiten für politische Entscheidungsträger, zu einem offenen geistigen Klima beizutragen:

- ▶ Bekenntnis zur Internationalität, Demonstrieren der Weltoffenheit durch das eigene Verhalten
- ▶ Fördern und Organisieren von Austauschprogrammen, Schaffen von Möglichkeiten für Auslandspraktika für Schüler, Studierende, Verwaltungsbeamte
- ▶ Fördern von Internationalität im Kulturleben; Teilnahme oberösterreichischer Institutionen an internationalen Events

Nachbar Tschechien

Die auch wegen des Temelin-Konflikts nach wie vor bestehende mentale Barriere zu Tschechien sollte rasch aufgelöst werden. Eine stärkere Vernetzung mit dem nördlichen Nachbarn – wie sie mit Bayern bereits erfolgreich erfolgt ist – würde den Wirtschaftsstandort stärken und zukunftsfit machen.

Oberösterreich als Ziel für qualifizierte Zuwanderer

Internationalität bedingt auch, dass ein Land oder eine Stadt von Menschen aus aller Welt besucht und temporär bewohnt wird. Die große Zahl an Industrie-Unternehmen macht Oberösterreich zwangsläufig zum Ziel von Geschäftsreisenden einerseits und zum Aufenthaltsort von „Expatriates“ oder „Expats“ – also Menschen, die aus beruflichen Gründen mit ihren Familien für einige Jahre hier leben. Um für diese Expats attraktiv zu sein, sind internationale Schulen und (mehr) mehrsprachige Kindergärten notwendig. Dadurch könnte der Wohlfühlfaktor, den Oberösterreich bereits hat, noch zusätzlich gestärkt werden.

Analog gilt das Gleiche für Studierende. Eine Universitätsstadt profitiert, wenn sie von den Studierenden aus aller Welt als begehrter Ort für deren Ausbildungszeit angesehen wird. In diesem Punkt hat Linz noch Potenzial.

Entwurf einer Balanced Scorecard für den Standort Oberösterreich

Die Arena Analyse zeigt eine Fülle von Risiken und Chancen für den Standort Oberösterreich auf und liefert zu vielen davon auch konkrete Handlungsempfehlungen. Um solche Empfehlungen umzusetzen und die bevorstehenden Entwicklungen systematisch zu managen, ist ein Steuerungsinstrument erforderlich.

Das IWS schlägt vor, zu diesem Zweck eine Balanced Scorecard einzusetzen. Dieses Instrument eignet sich sehr gut, um komplexe und zugleich dynamische Prozesse zu steuern. Die Balanced Scorecard wurde ursprünglich als Management-Tool entwickelt, das die Umsetzung von umfassenden Strategien kontrollierbar machen soll. Ihr größter Vorteil besteht darin, dass sie erstens schon in der Planungsphase dazu zwingt, möglichst konkrete Ziele zu formulieren, und dass sie zweitens Kennzahlen oder zumindest objektiv überprüfbare Kriterien für jedes dieser Ziele definiert. Große, umfassende strategische Visionen – wie der Aufbau eines wirtschaftsfreundlichen Klimas oder die Entlastung der Wirtschaft – werden in Teilziele gegliedert. Die Kriterien, nach denen sich die Performance bei jeden dieser Ziele beurteilen lässt, werden vorab festgelegt, ebenso eine Vorgabe, die es jeweils zu erreichen gilt – es genügt also nicht, zu sagen „mehr Facharbeiter“, vielmehr müssen sich die jeweils Verantwortlichen eine Messlatte legen, also etwa eine bezifferte Zunahme an Facharbeitern oder eine bezifferte Verringerung von unbesetzten Stellen.

Mit Hilfe dieses Systems an konkreten Vorgaben und überprüfbaren Kriterien lässt sich auch die Umsetzung von komplexen strategischen Plänen kontrollieren, und zwar sowohl nach Abschluss eines Projektes als auch im laufenden Verfahren.

Eine weitere Eigenschaft der Balanced Scorecard macht sie zu einem geeigneten Instrument für das Management politischer Prozesse: Sie richtet sich nicht nur einseitig auf einzelne Aspekte, etwa das BIP oder die Arbeitslosigkeit, sondern liefert ein umfassendes Bild entlang von vier Dimensionen. Was üblicherweise in eine Balanced Scorecard aufgenommen werden muss, ist die finanzwirtschaftliche Perspektive (also die Frage, welche Maßnahmen die betroffene Organisation, bzw. in diesem Fall das Land reicher und erfolgreicher machen), zweitens die Stakeholder-Perspektive (Was macht die Zukunft für die Menschen besser?), drittens die Prozess-Perspektive (Wie können Politik und Verwaltung zum besseren Funktionieren gebracht werden?) und viertens die Entwicklungs-Perspektive (Wie können wir unsere Position durch ständige Verbesserungen langfristig sichern oder ausbauen?)

Im Folgenden wird ein Entwurf für eine mögliche Balanced Scorecard zur Diskussion gestellt, der aus den Empfehlungen der Arena Analyse entwickelt wurde. Aus Gründen der Übersichtlichkeit beschränkt sich die Tabelle auf drei Ziele für jede der vier Dimensionen. Der endgültige Aufbau einer Balanced Scorecard, die als Steuerungsinstrument für wirtschafts- und standortpolitische Weichenstellungen in Oberösterreich herangezogen wird, muss ihrerseits ein deliberativer Prozess sein, bei dem wichtige Stakeholder einbezogen werden und ein möglichst umfassender Konsens über die jeweiligen Teilziele erreicht wird.

Finanzwirtschaftliche Perspektive

Ziele	Sichern/Ausbauen des Industriestandorts	Kompetenz und Erfahrung von älteren Menschen nutzen	Intensivieren der Wirtschaftsbeziehungen zu Tschechien
Indikatoren	Standort-Kennzahlen (Zahl der Industriebetriebe, Zahl der Beschäftigten, Umsätze)	Höhe des realen Pensionsantrittsalter; Nachfrage nach Mitarbeitern über 60	Handelsvolumen; Zahl der Kooperationen zwischen OÖ- und CZ-Unternehmen
Vorgaben	Z. B.: „Aufstieg in die Top 10 der europäischen Regionen“ (Zitat LH Pühringer, Kurier, 9. April)	<i>Noch zu definieren</i>	<i>Noch zu definieren</i>
Maßnahmen	Absichern der Infrastruktur (Verkehr, Energie, industriennahe Dienstleistungen); Anpassen des regulatorischen Rahmens (Arbeits- und Umwelt-Auflagen)	Anreize durch Förderung; Anstoßen von Forschungsprogrammen zur systematischen Schaffung von Jobs für ältere Menschen; Ausbildungsprogramme für älter Menschen	Beseitigen von regulatorischen Hemmnissen; Schaffen von Begegnungsmöglichkeiten (Messen, etc.)

Stakeholder-Perspektive

Ziele	Entwicklung und Verfügbarkeit von nachhaltig gesicherten Arbeitsplätzen	Leistungsfreundliche Rahmenbedingungen: wirtschaftsfreundliches Klima, Risikofreude und Leistung sollen sich lohnen	Berufseinstieg für junge Menschen erleichtern
Indikatoren	Arbeitslosenquote; durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit	Economic Freedom of the World Report: 42 Kriterien für wirtschaftliche Liberalität	Dropouts ohne Pflichtschulabschluss; Schulabgänger ohne Lehrstelle oder Job; Jung-Akademiker ohne Job, bzw. in unbezahlten Praktika
Vorgaben	<i>Noch zu definieren</i>	<i>Noch zu definieren</i>	<i>Noch zu definieren</i>
Maßnahmen	Entlasten/Fördern von arbeitsplatzintensiven Branchen; Fördern von Startups	Erstellen einer „Schwarzen Liste“ der leistungsfeindlichen Rahmenbedingungen; Starten von Prozessen zu ihrer Beseitigung	Auffangangebote (Einstiegsjobs, Ausbildungsplätze) für Dropouts; Lehrlingsbörse; Initiative mit der Wirtschaft gegen unbezahlte Praktika

Prozess-Perspektive

Ziele	Bürokratie abbauen	Demokratie: Stärkeres Einbinden der Zivilgesellschaft	Besser koordinierte Raumordnung
Indikatoren	Anzahl der gesetzlichen Vorschriften für bestimmte Unternehmens-tätigkeiten	Anzahl der politischen Entscheidungen, die vor Beschluss mit der Bevölkerung breit diskutiert wurden	Dauerhafte Infra-strukturkosten von neuen Siedlungen; Funktionieren der Mobilität
Vorgaben	<i>Noch zu definieren</i>	<i>Noch zu definieren</i>	<i>Noch zu definieren</i>
Maßnahmen	Gezieltes Durchforsten von Vorschriften; Genehmigungs- und Kontrollprozesse völlig neu aufsetzen (Zero Base Ansatz)	Grünbuch-Prozesse implementieren; Bürgerbeteiligungs-Projekte	Koordinieren der Raumplanung auf Gemeindeebene; schaffen von ökologischen und wirtschaftlichen Vorgaben für neue Siedlungsprojekte (Wohnen oder Gewerbe)

Entwicklungsperspektive

Ziele	Verstärkte Verfügbarkeit von technisch qualifiziertem Personal	Verstärkte Forschung im technischen Bereich	Mehr Internationalität ins Land holen
Indikatoren	Unbesetzte Stellen	Angemeldete Patente	Anzahl der Menschen mit nichtösterreichischem Pass, die in OÖ leben und arbeiten
Vorgaben	<i>Noch zu definieren</i>	<i>Noch zu definieren</i>	<i>Noch zu definieren</i>
Maßnahmen	Steigerung der Absolventenzahlen; Verstärkter qualifizierter Zugang	Ausschreiben von Forschungsprojekten; Kooperationen mit internationalen Einrichtungen	Mehrsprachige Schulen und Kindergärten; Einladungen an Künstler (artist in residence);

Danksagung, Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Wir danken den Interviewpartnerinnen und -partnern sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Runden Tisch für die hohe Qualität ihrer zum Teil sehr umfangreichen Beiträge.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in alphabetischer Reihenfolge:

DI Wolfgang Anzengruber, Vorstandsvorsitzender Verbund AG

DI Dr. Werner Auer, Geschäftsführer Ennshafen OÖ GmbH

Peter Augendopler, Vorstandsdirektor Backaldrin

Friedrich Bernhofer, vormals Landtagspräsident Oberösterreich, Obmann Werbegemeinschaft Donau

KommR Josefine Deiser, Vorsitzende Fachgruppe Spediteure, Geschäftsführerin EuroTrans

Mag. Dr. Henrietta Egerth, Geschäftsführerin Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft

DI Herbert Eibensteiner, Vorstand voestalpine AG, Leiter Steel Division / Informationstechnologie

DI Dr. Wilfried Enzenhofer, Geschäftsführer Upper Austrian Research GmbH

DI Stephanie Essig, Österr. Institut für Raumplanung, Stadt- und Regionalentwicklung

Birgit Gerstorfer, PMML, Landesgeschäftsführerin Arbeitsmarktservice Oberösterreich

Mag. Bettina Gladysz-Haller, Business Upper Austria – die Wirtschaftsagentur des Landes OÖ

DI Erich Haider, Vorstandsvorsitzender Linz AG

Mag. Josef Halbmayr, Vorstand ÖBB Holding AG

Dr. Leonhard Helbich-Poschacher, MBA, Geschäftsführer Poschacher Baustoff Holding GmbH

DI Manfred Hofer, Geschäftsführer Netz Oberösterreich GmbH

Mag. Dr. Peter Huber, Wirtschaftsforschungsinstitut

Dr. Georg Hubmann, Geschäftsführer Jahoda-Bauer-Institut

Dr. Christoph Jungwirth, Geschäftsführer Berufsförderungsinstitut Oberösterreich

Mag. Dr. Heike Kahr, Fachhochschule Wels

Dr. Josef Kinast, Direktor Siemens AG Linz

Bundesrat Gottfried Kneifel, Geschäftsführer Institut Wirtschaftsstandort OÖ

Mag. Dr. Barbara Kovacs-Sagmeister, Wirtschaftsservice der Stadt Linz

Mag. Silvia Kunz, Geschäftsführerin FAB – Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung

Mag. Christian Kutsam, Kutsam GmbH & Co KG

Kurt Leidinger, Vorstandsvorsitzender Schenker & Co KG Österreich und Südosteuropa

DI Bruno Lindorfer, Geschäftsführer Technologie- und Marketinggesellschaft m.b.H.

Ing. Mag. Gerhard Luftensteiner, Vorstandsvorsitzender KEBA AG

Dr. Bernhard Marckhgott, MIM, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft

DI F. Peter Mitterbauer, MBA, Vorstandsvorsitzender Miba AG

Dr. Josef Moser, MBA, Direktor Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich

Mathias Mühlberger, vormals Direktor Caritas Oberösterreich

Mag. Dr. Ulrike Mursch-Edlmayr, Präsidentin Oberösterreichische Apothekerkammer

Ing. DI (FH) Werner Pamminger, MBA, Geschäftsführer Business Upper Austria – die Wirtschaftsagentur des Landes OÖ

Dr. Josef Peischer, ehem. Direktor Arbeiterkammer OÖ

Ing. Mag. Friedrich Pernkopf, Direktor oö. Landwirtschaftskammer

LAbg. Gisela Peutlberger-Naderer

Dr. Kurt Pieslinger, vormals Geschäftsführer Industriellenvereinigung Oberösterreich

Mag. Gerlinde Pöchlhammer-Tröscher, Geschäftsführende Gesellschafterin Pöchlhammer Innovation Consulting

Mag. Karl Pramendorfer, Vorstand Oberösterreich Tourismus

LAbg. Mag. Johanna Priglinger

Dr. Erhard Prugger, Wirtschaftskammer OÖ, Abteilungsleiter Sozial- und Rechtspolitik

Mag. Eveline Pupeter-Fellner, Geschäftsführerin Emporia Telecom & ProduktionsgesmbH & Co KG

Dr. Gerald Reisinger, University of Applied Sciences Upper Austria, Geschäftsführer FH OÖ Management GmbH

Univ.-Prof. Dr. Helmut Renöckl, Johannes Kepler Universität Linz

Mag. Georgia Rohrhofer-Meinhard, Meinhard Kabel Österreich GmbH

Univ.-Prof. Mag. Dr. Friedrich Roithmayr, Institut für Wirtschaftsinformatik Johannes Kepler Universität

Stella Rollig, Direktorin Lentos Kunstmuseum Linz

Stefan Scharlmüller, IG-Demokratie

Dr. Klaus Schierhackl, Vorstand Asfinag

o. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Schneider, Institut für Volkswirtschaftslehre
Johannes Kepler Universität

Prim. Prof. Univ.-Doz. Dr. Werner Schöny, Obmann pro mente
Oberösterreich

DI Dr. Peter Schwab, Vorstand voestalpine AG, Leiter Metal Forming
Division

Dr. Claudia Schwarz, Geschäftsführerin Academia Superior

Mag. Doris Staudinger, Integrationszentrum Oberösterreich

DDr. Werner Steinecker, MBA, Vorstandsdirektor Energie AG

Mag. Hannelore Struger-Waniek, Struger Consult

Birgit Wolfmair, Geschäftsführerin Wolfmair Beschichtungs GmbH

Dr. Bernd Zierhut, Geschäftsführer Doppler Mineralöle GmbH

DI Johannes Zimmerberger, Geschäftsführer Linz Strom Netz GmbH

Autoren

Walter Osztovics

ist Politikberater und Partner von Kovar & Partners. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Politikjournalist, war Redakteur bei der Wirtschaftswoche und bei den österreichischen Zeitungen Kurier, Format und Wochenpresse.

Bettina Fernsebner-Kokert

ist Beraterin bei Kovar & Partners. Sie besitzt langjährige Erfahrung als Politikjournalistin, hat für das Wien-Büro der japanischen Tageszeitung „Yomiuri Shimbun“ gearbeitet und war Redakteurin bei der Tageszeitung „Der Standard“.

Andreas Kovar

ist Partner von Kovar & Partners und seit fünfzehn Jahren als Public Affairs-Berater für europäische und internationale Unternehmen tätig. Seine profunden Kenntnisse der Politik sammelte er als politischer Berater im österreichischen Nationalrat und im Europäischen Parlament.

Kovar & Partners GmbH
Dorotheergasse 7, 1010 Wien, Österreich
T: +43 1 522 9220, F: +43 1 522 9220-22
office@publicaffairs.cc, www.publicaffairs.cc

Kovar & Partners ist ein Unternehmen
der Public Affairs Alliance
Wien – Berlin – Brüssel – Zürich